

Bezugspreis:

Wochenschrift 7,50 Mk., monatlich 2,50 Mk., halbjährlich 12,50 Mk., jährlich 25,00 Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntag, ausnahmslos.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 16. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Osterbotschaft des Reichspräsidenten.

Am Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, der letzten vor den Ferien, verlas Ministerpräsident Scheidemann die folgende Botschaft des Reichspräsidenten Eberl:

Die Nationalversammlung als die berufene Vertreterin des deutschen Volkes hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung

und Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag abschließt, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt.

Ich begrüße diese Kundgebung als das Bekenntnis des unerschütterlichen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll, und daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundgedanken der Verständigung und Versöhnung dauernd zu befestigen.

Nationalversammlung und Reichsregierung arbeiten mit Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe, Friede, Brot und Arbeit und eine neue Staatsform für ein großes Volk zu schaffen.

Bereits vor 5 Monaten haben wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlage für den Friedensschluß mit ihnen vereinbart.

Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien.

Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien.

Friede, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eigenen Volkes in einem Kampf verharrten, der unser schweres danieder liegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht.

Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat.

Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden.

Selbstverständlich muß berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angehörigen und Beamten Rechnung getragen werden.

Schleuniger Friede nach außen, stehend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage.

Laßt ab von der Selbstzerfleischung! Wachen wir wach, tut die Augen auf vor dem Abgrund, arbeitet!

Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich, wohn Sie auch gehen während der Pause, die heute in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für Frieden und Arbeit.

Straßenschlacht in München.

München in der Hand der Spartakisten. Augsburg, 15. April. Seit 1 Uhr nachmittags ist die direkte telefonische Verbindung von Augsburg nach München wiederhergestellt.

Augsburg, 16. April. Die bei dem Kampf im Bahnhofsviertel in München in den Gebäuden angerichteten Schäden sind in Anbetracht der Heftigkeit der Kämpfe nicht besonders groß.

Bevorstehender Generalstreik in Königsberg.

Königsberg i. P., 15. April. In einer gestern Abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung der Unabhängigen und Kommunisten wurde beschlossen, am Donnerstag in den Generalstreik einzutreten.

Konstituierung des Zentralrats.

Berlin, 15. April. Der vom Kätelongreß nengewählte Zentralrat, der aus 16 Mitgliedern der Reichsvereine, 2 Soldatenvertretern, 1 Christlichsozialen, 1 Bauernvertreter und 1 Demokraten besteht, hat sich konstituiert.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 14. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die internationale sozialistische Konferenz wird am 26. April um 10 Uhr in Hotel „Decca“ beginnen.

Grenzen des Streikrechts.

An den Bürgerstreiks, die von den Bürgerräten einzelner Städte in der letzten Zeit zur Abwehr von Arbeiterstreiks proklamiert wurden, haben sich neben anderen Berufsgruppen auch die Ärzte, Apotheker, Pfleger sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Personen beteiligt.

Der Grund dieser entsetzlichen ablehnenden Stellungnahme ist klar: beide Klassen, Bürger und Arbeiter, erlangen, dadurch das Wohl und Wehe ihrer eigenen Klammgenossen auf dem Spiele stand, sie sahen, daß letzten Endes das Wohl des ganzen Volkes bedroht war.

Dieses Empfinden muß vom Instinkt zur Bewußtheit geführt werden. Aber um die Grenze, die nicht überschritten werden darf, inneguhaltbar, muß sie zunächst einmal klar gezeichnet und festgelegt werden.

Der Streik dient der Erzielung wirtschaftlicher oder politischer Ziele und ist somit ein Teil des Klassenkampfes, in welchem sich das Proletariat der Ausbeutung und Unterdrückung des Unternehmers gegenüber befindet.

Denn diese Tatsache darf ja nicht übersehen werden, daß es sich im Gegensatz zu früheren Streiks nicht um einheitliche Massen- und Klassenbewegungen handelt.

Hier sind die Grenzen des Streikrechts. Mit der siegreichen Revolution sind die Massenverhältnisse verschoben. Das ehemals berechtigte Forderung war, weiß es das Wohl der Gesamtklasse zu heben geeignet war, daß kann heute zum Verbrechen am Volke werden.

Aus den oben angeführten Beispielen ergibt sich, daß auch die siegreiche Revolution der Arbeiterklasse durchaus nicht

grundsätzlich das Streikrecht abschreiben will, nur muß sie sich jetzt mehr als je ihrer hohen geschichtlichen Verantwortlichkeit bewußt werden, muß sie bereit sein, auch persönliche Opfer zu bringen, wenn es die Lage erfordert, und über Augenblicksstimnungen hinweg wird sie der Gedanke erheben, daß alles, was geschieht, durch sie und für sie geschieht.

Weitere Beruhigung im Ruhrgebiet.

Essen, 15. April. Die Streikziffer geht immer weiter zurück. Die Zahl der Ausständigen erreichte ihren Höhepunkt am 10. April mit 167 000. Seitdem hat die Zahl täglich abgenommen und betrug in der heutigen Frühlicht 127 029 gegen 138 258 gestern. Gegen den Hochstand ist mithin allein in der Frühlicht eine Abnahme um rund 40 000 zu verzeichnen. In der gestrigen Früh-, Mittags- und Nachmittags hat sich die Zahl der Streikenden auf 268 141 belaufen gegen 300 154 in den drei Schichten am Samstag.

Ausdehnung des Ausstandes in Köln.

Die Entscheidung bevorstehend.

Bonn, 15. April. Die schon seit einiger Zeit in Gang befindliche Ausstands-Bewegung von Angehörigen hiesiger Industrieunternehmen erstreckt sich nunmehr auf 45 große Werke Kölns und umfaßt schätzungsweise nahezu 5000 Personen. Die bisher angelegten Einigungs-Bemühungen waren erfolglos. Der Regierungspräsident hat sich der Angelegenheit angenommen und die Entscheidung wird wohl im Laufe des morgigen Tages zu erwarten sein.

Der Streik in Düsseldorf.

Einrückten des Korps Bergmann.

Düsseldorf, 15. April. Mit den Buchdruckern ist gestern eine Einigung erzielt worden. Zeitungen sind bisher nicht erschienen.

Die Wasser-Versehung der Stadt ist, nachdem die Arbeiter beschlossen haben, eine gänzliche Einstellung des Betriebes zu vermeiden, erheblich eingeschränkt. Sonst ist in der Lage des allgemeinen Ausstandes bisher eine Änderung nicht eingetreten.

Das Korps Bergmann ist wieder in die Stadt eingerückt und hat den Oberbefehl über sämtliche in Düsseldorf befindlichen Truppen übernommen. In einer Bekanntmachung desselben wird darauf hingewiesen, daß es dafür Sorge tragen wird, daß in kürzester Zeit wieder Ruhe und Ordnung herrscht.

Ende des Leipziger Beamtenstreiks.

Leipzig, 15. April. Mit Rücksicht auf den Belagerungs-Zustand ist der Streik der Leipziger Beamten abgebrochen worden. Bei sämtlichen Banken ist heute vormittag der Betrieb voll wieder aufgenommen worden.

Erste Sitzung des Ausschusses für Friedensverhandlungen.

Detmar, 15. April. Der Ausschuss für die Friedensverhandlungen hielt heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Lehndorff seine erste Sitzung ab. Die Beratungen wurden für vertraulich erklärt.

Ludendorffs Kriegsgewinn.

200 000 M. als Autorenhonorar.

General Ludendorff und vor allem seine Getreuen haben bei jeder Gelegenheit den lebhaften Wunsch beteuert, dem deutschen Volke so schnell wie möglich die tatsächlichen Unterlagen für die Beurteilung der Ludendorffschen Haltung während des Krieges und vor allem auch bei der Andahnung des Waffenstillstandes zugänglich zu machen. Es

muß deshalb verwundern, daß dieses Material, das in Ludendorffs Kriegsbuch enthalten sein soll, zu dem unerhörten Preis von 25 M., also in einer wahren „Volksausgabe“ erscheinen sollte. Es wird erklärlicher und nimmt vor allem von dem Verleger jeden Vorwurf, wenn man hört, daß sich der geschäftstüchtige General für das Buch eine kleine Garantie von 200 000 M. ausbedungen hat. Es ist wohl zum erstenmal, daß ein Mann Denkwürdigkeiten, auf die das Volk unbedingt Anrecht hat und die ihm selbst zur Aufklärung dieses Volkes wertvoll und notwendig erscheinen, zum Gegenstand eines so unerhörten Honorarschachers macht. Man kann nun zweifelhaft sein, ob dieses profitorische Geschäft als Kriegsgewinn oder als Revolutionsergebnis zu buchen sein wird.

Ludendorff hat sich vielleicht daran erinnert, daß die Generale nach 1870 sogenannte Dotationen aus den französischen Milliarden erhielten und sucht nun Ersatz für die ihm entgangene Dotation. Vielleicht aber denkt er auch: „Wenn ich schon nicht Kriegsgewinner bin, kann ich mich doch wenigstens als Kriegsgewinnler trösten.“

Der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag.

Der Beschluß der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hat, dem energischen Antrieb der Sozialdemokratie folgend, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Allerdings vorläufig nur für dieses Jahr, während die dauernde Verfügung dem später zu wählenden Reichstag verbleibt. Will man den gesetzlichen Charakter der Maifeier dauernd sichern, so muß man — und nicht nur zu diesem Zweck allein — darauf bedacht sein, daß der nächste Reichstag eine reine sozialistische Mehrheit bekommt, damit die Maifeier nicht länger von der angestrichelten Kleinigkeit der bürgerlichen Parteien abhängig bleibt.

Immerhin, der 1. Mai ist für diesmal trotz des Fehlens einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung zum gesetzlichen Feiertag erklärt, und was macht die „Freiheit“ aus diesem Erfolg der Sozialdemokratie? Sie tobt über „lächerliche Einbildung“ und „Farce“, findet das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion „nicht würdig“ und erklärt schließlich: „Wir weisen auf den Beschluß der Nationalversammlung... Die Kaiserin haben wir beschloffen, und wir führen unsere Beschlüsse durch.“ Ja, warum haben dann die Unabhängigen die Erhebung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag selber beantragt?

Es ist im Großen wie im Kleinen immer dieselbe Geschichte. Die Sozialdemokratie fragt sich: „Wie machen wir's, damit wir die Forderungen der Arbeiter durchsetzen?“ Für die Unabhängigen gibt es immer nur die eine Frage: „Wie gewinnen wir neues Material zu toben und zu schimpfen?“ Dreißig Jahre lang hat die Staatsgewalt alles getan, um die Kaiserin zu unterdrücken, diesmal verordnet sie am 1. Mai allgemeine Arbeitsruhe. Was ist das? Ein Fortschritt, wenn auch vielleicht nur ein bescheidenes? Nein, es ist „lächerlich“, „nichtwürdig“, „Farce“, etwas, worauf man pfeift. Man muß gestehen, daß diese unabhängige Methode, Politik zu treiben, die größere Bequemlichkeit für sich hat. Wir werden darum aber nicht aufhören, bis unsere Vorzüge zeigen. Denn bei der unferen kommt doch etwas heraus und bei der anderen nichts.

Bred, 15. April. Die Bürgerschaft beschloß endgültig, den 1. Mai 1919 zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Der 1. Mai in Oesterreich.

Allgemeiner Arbeits- und Schulfeiertag.

Wien, 15. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Ratsminister hat den 1. Mai als allgemeinen Arbeits- und Schulfeiertag erklärt.

Gerücht, sie sei einem Ritualmorde in der Ebnogasse zum Opfer gefallen. Ein in seiner mit den ungarischen Kognaten im Bunde stehender Untersuchungsrichter bringt durch Drohungen, Morde und schließlich lödende Verprügelungen den kleinen Korvik Scharf, den Sohn des Ebnogassewärters, zur Erklärung, er habe durch Schließeloch die Tat mitangesehen. Erst die öffentliche Gerichtsverhandlung zerriß das dicke Lügennetz.

Zweig umrahmt die naturwissenschaftlich gezeichnete Handlung mit mythologisch-religiösem Hintergrund. Semael, der Feind Jehovas und des Judenvolkes, hat seine Hand bei den Verfolgungen im Spiel. Er sendet seine Teufel und die gedankentragende Dummheit zur Hilfe aus. Der Knabe aber, dessen furchtbares Zeugnis den Vater und die Stammesgenossen mit furchtbarster Gefahr bedrohte, findet nachher in spät erwachten Schuldgefühlen einen Grund an sich gelegt, Verzeihung vor Jehovas Thron. In einem neuen Leben soll der Gelebte zeigen, daß trotz alledem ein Keim des Guten in ihm lag.

Die Färder.

Allegoriet hat sich der deutsche Mensch durch seine Sehnsucht in die Ferne, Fremde ausgeglichen. Der Krieg, der auf Jahre hinaus seinem Wandertrieb Grenzen errichtete, hat diesen Trieb nicht erlösen können. Und wenn der Friede auch noch keine Erlösung bringt — es sei denn die noterzwungene Auswanderung —, so wird sich dieses Bedürfnis sublimieren: wir werden auf der Hand der Reisenden und zu Erlebnis und Anschauung anderer Länder und Völker führen lassen.

In der Uraia geben Vorträge vom Magister Karl Kähler eine ideale Gelegenheit zu solchen Ausflügen. Ein guter Kenner nordischer Sprachen und Literaturen hat er uns durch seine wiederholten Reisen nach Island und Färder den Grund zu guten Vorkäsem gelegt. Aus dieser internen Kenntnis heraus baut er jetzt seinen Höchern die Natur auf und belebt sie mit lebendiger Darstellung ihrer Bewohner.

Zwischen Schottland, Norwegen und Island mitten inne gelegen, von jedem Lande mehrere hundert Kilometer entfernt, haben diese 24 wildgeriffenen, felsigen, bis zu 300 Meter hoch steigenden Inseln allen Reiz einer großen wilden Natur bewahrt. Einst mit Europa und Grönland zu einem Festland verbunden, sind diese Reste vulkanischer Tätigkeit seit Jahrtausenden immer mehr zertrümmert worden. Seit dem Jahre 800 betreten sie Germanen, die sie wegen ihres Schafreichtums „Schafinseln“ nannten. Das sind sie laut dem milden Klima und dem dichten Graswuchs bis heute geblieben. Auf 18 000 Hektar können 100 000 Schafe und 4000 Rinder. Der Fisch- und Walfang beherrscht das ökonomische Leben. Die ganze Insel ist zu Zeiten mit dem zum Erlöschen ausgehenden Klippfischen bedeckt, sogar die grasbedeckten Täler der Holzhäuser. In den flachen Wäldern werden die Wale zu Hunderten zusammengetrieben und erlegt. Daneben bildet die Jagd auf Alken, Zummern und Seepapageien. In außerordentlich fesselnden Bildern wurde all dies interessante Treiben vor unsere Augen angerollt.

Das kleine Völkchen, das politisch zu Dänemark gehört, führt in seinen baumlosen Klippen einen harten Kampf. Es hat etwas Heroisches an sich, wie es dabei von Kulturstreben erfüllt ist. Der berühmte dänische Lichtdokter Jansen war ein Sohn der Insel. Wochenlang sind die Bewohner mancher Inseln in Zeiten

Der Fall Eichhorn vor dem Untersuchungsausschuss.

Dem Untersuchungsausschuss der Preussischen Landesversammlung wegen der Unruhen lag am Dienstag zunächst ein Protestschreiben des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn vor, in dem er gegenüber den Angaben des Regierungsvorsetzers Dr. Dohs für die verhängenen Gelder die Verantwortung ablehnt und sie dem Kassensinspektor Reß zuweist. Die angeblich unterschlagenen 5100 und 1600 M. sollen nach Eichhorn mit den Polizeigeldern nichts zu tun gehabt haben. Nach dem Januarlämpfen habe seine Frau diese Summen zur Verfügung gestellt, außerdem habe er noch Gegenforderungen an die Polizeikasse. Die Verantwortung für die Waffenausgabe lehnt Eichhorn gleichfalls ab und weist sie dem Waffenmeister Worliger zu. Ebenso bestreitet er, mit der Preßensmittel-Verpressung oder eines Sauerstoffgefäßes etwas zu tun gehabt zu haben. Die Notendrucke stammten aus dem Werkbureau zur Bildung einer jüdischen Sicherheitswehr.

Die Ladung Eichhorns, die durch Vermittelung des Präsidenten der Nationalversammlung an ihn gerichtet war, ist als unbestellbar zurückgekommen. Eichhorn selbst gibt als seine Adresse: Braunschweig, An der Martini-Kirche 8, an. Er wird unter dieser Adresse direkt geladen werden.

Der Ausschuss hörte dann als Zeugen den Untersuchungsrichter Lasalle, den Staatsanwalt Humbram, den Major von Stephani und das unabhängige Vollzugsratsmitglied Stolte. Ueber die Auslagen wurde vorläufig Geheimhaltung beschlossen. Die Zeugenvernehmung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Die Streikbewegung in Rom.

Lugano, 15. April. (Telunion.) Orlando's „Epoca“ schreibt in ihrem Leitartikel, es wäre töricht, zu glauben zu wollen, daß der Generallstreik in Rom gelungen sei. „Avanti“ verhandelt triumphierend, daß der Streik in Rom erst der Anfang des proletarischen Generallstreiks sei.

Sozialistische Kundgebungen in der Lombardei.

Zusammenstöße von Polizei und Publikum.

Bern, 15. April. In Mailand und der ganzen Lombardei fanden Sonntag sozialistische Versammlungen statt, wobei es in Mailand zu heftigen Zusammenstößen zwischen einer vieltausendköpfigen Menge und der Polizei kam, die in einen Haufen gedrängt wurde, auf die Menge schoss und später von den Soldaten befreit wurde. Der größte Teil des Gerichts über den Vorgang ist im „Avanti“ und „Secolo“ von der Zensur gestrichen.

Fortdauernder Gegensatz zwischen Clemenceau und Wilson.

Genf, 14. April. (Telunion.) Wie der „Matin“ mitteilt, hat sich der Vierzerrat noch immer nicht über die wichtigsten Punkte des Vorschlags einigen können. Der schon oftmals gütige Gegensatz zwischen Clemenceau und Präsident Wilson dauert fort.

Amerikas Vertretung in Versailles.

Amsterdam, 15. April. Dem „Telegraaf“ zufolge meldet „Echo de Paris“, daß Wilson vor dem 1. Mai aus Frankreich abreisen wird. Er hofft, der Eröffnung der Konferenz in Versailles beizuwohnen zu können. Auf der Schlussitzung wird Amerika durch den Oberst House vertreten sein.

der dauernden Westwinde von jedem Verkehr abgeschnitten. Auf den steilen Felsen trägt der Eingeborene die schweren Lasten an einem Stirnband. So bleibt die Brust frei. Diese Sitte mag uns ein Symbol sein für die menschliche Anpassungsfähigkeit, die auch dieser wilden Natur Lebensbedingungen abgerungen und dabei das Streben nach reiner einfacher Menschlichkeit gewahrt hat.

Frühlingssehnen.

Und wieder mal wird's Frühling in Berlin, der Sängler stimmt erwartungsvoll die Leher, der brave Spieler gibt sich süßen Träumen hin und hofft auf Wettkampf, Speck und Omelette. Die zarten Veilchen überall schon sprießen, man amüsiert sich gut, nur etwas teurer, und Bierlächer, Streits und nicht'ges Schießen, die passen gut zur Frühlingstzeit.

Die Hirtenflöte.

Notizen.

Theater. Im Lessing-Theater und im Deutschen Künstler-Theater finden die für Karfreitag angekündigten Vorstellungen nicht statt.

Dichter-Abend. Im Westfälischen wiederholt Gertrud Trösch, die stark gestaffelte Dresdener Künstlerin, am 19. April, abends 8 Uhr, ihr aus den Werken Rainer Maria Rilkes geschöpftes Programm.

Berliner Konzerte. In der Singakademie sang in einem volkstümlichen Konzert der „Endala“ (zu deutsch: Neue Deutsche Konzertgesellschaft) Rudolf Laubenthal, Weelmanns Niederreis „An die ferne Geliebte“, einige Schönebergische Gesänge u. a. Seine Stimme klingt prächtig, das ist wahr; dennoch scheint sie der feineren Register, die der Konzertbesucher nun doch einmal haben muß, zu ermangeln. Wo höchste Sprachfärbung angeht, wie etwa in zwei deutschen Liedern, da wird durchaus Tüchtiges geleistet.

Dort ließ sich auch der Cellist Arnold Földessy hören, fabelhafte Technik, runder goldener Klang, glanzvoller Vortrag. Mit einer Sonate des alten Locatelli erlangt der Künstler mehr als ein musikgeschichtliches Interesse.

Hauptmanns Film. Der Verfilmung seines Atlantis-Romans läßt Gerhard Hauptmann jetzt auch eine Bearbeitung seiner Dramen zu Film folgen. Begonnen wird mit „Rose Bernd“. Bei dem Roman wurde noch heftiger Protest laut und doch war es schließlich noch nicht das Schlimmste. Aber daß nun auch ein seiner besten Dramen diesem Schicksal erfällt, wird schon demnahe als unvermeidlich hingenommen. Und doch sollte der Dichter in sich selbst die warnende Stimme hören und ihr und nicht der Verlockung folgen.

Eine Kaiserliche Schrift des Vorwärtsverlages wird nach langer Kriegspause in diesem Jahre endlich wieder erscheinen. Beiträge von Stomper, Kuttner, Bohm-Schuch, Schilowski, Hilder zeigen die Grundgesetze der Revolution und weisen Wege vorwärts. Das von Fabian gezeichnete Titelblatt zeigt zwei Arbeitergehaltn, die auf hochragendem Wirtbau dem Paroxysmus der Freiheit pflanzen; das Rückenbild der Bergarbeiter verdammt im Hintergrund.

„Der Schamige“.

Er ist nicht von Königsberg — der „Schamige“, den ich zur Kugel habe, er ist — oder besser gesagt — er war von „Gottes Gnaden“. Da kam ein 9. November — und die göttliche Gnade ließ merkwürdig nach, und mit ihr auch die „hohe Bonnegans“ und mancher andere. Die Herren Hoflieferanten, deren Titel demnach ein hübsches Stimmchen für den Haushalt „von Gottes Gnaden“ eingebracht hatten, kauften einen Topf mit Porzelle und einen Pinsel, um in nicht oder minder dauerhafter Weise die an ihren Fremdschilbernen hastenden Strochsen fürstlicher Gnadenlone zu verdecken. —

Wir haben jetzt April 1919, und es sind genug Wossen über die Demokratisierung der „alleruntertänigsten Diener“ gemacht worden, doch eine Stelle in der Friedrichstadt fordert noch einmal dazu heraus. Dort wartet noch ein vorchtiger Untertan auf das Eintreffen des Gtregzes aus Amerongen. — Die Zeiten sind unruhig — man kann nie wissen! Und warum womöglich Geld für republikanische Wahrzeichen ausgeben. — Das Schloß steht doch auch noch! — Nach außen hin muß man natürlich so tun, als ob, — denn ein Wilhelm II. in Marineuniform als Wahrzeichen eines Berliner Weinhauses ist in der Tat zurzeit nicht ganz angebracht.

Nun hat der Inhaber des Weinhauses eine famose Idee gehabt. Um allen Gventualitäten gerecht zu werden und keine allzu großen Unkosten durch den Besinnungswandel davonzutragen, hat er den Wilhelm in eine rotweißgestreifte Reimwand eingemauert — die läßt sich mit ein paar Schmitteln wieder entfernen für den Fall, daß — ein Geschäftsmann darf es eben mit niemand verdecken! Da steht nun Wilhelm II. „Schamig“ verhält. — Aber nicht ihm, sondern dem trefflichen Inhaber des „Schamigen“ möchten wir einmal zusehen: „Nun wird's aber Zeit, daß Sie sich demackieren!“ —

„Semaels Sendung.“

Im Schillertheater soll das Regisseur Roetz am Montagabend ein eigenartiges Werk, Arnold Zweigs Tragödie „Semaels Sendung“ vor. Das freilich nicht zahlreich erscheinende Publikum sollte den eindrucksvoll lebendig vorgebrachten Szenen mit offener Antizipation und dankte am Schluß durch starken Beifall. Ob das Drama den Weg zur Bühne finden wird, ist bei den Schwierigkeiten, die die Menge der aufstrebenden Personen und der äusseren rasche Wechsel des Szenariums bietet, zweifelhaft. Jedenfalls aber kann es Anspruch auf das Interesse wecken, insbesondere jüdischer Leserkreise erheben. Es ist ein herganzwarmer flammender Prosekt wider die abergläubisch blind brutale Wiedertat der auch heute noch wieder und wieder im Liten anstehenden Judenverfolgungen.

Der Autor greift in seinem Wille auf die Vorgänge zurück, die der berühmte Prosekt Ziba Eljar aus der achten Hälfte der achtzehnten Jahre im südlichen Ungarn enthüllte. Das rätselhafte Vergehen eines Dorfjudens gibt Anlaß zu dem wahnwitzigen

Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung betrafen zwei Anträge von Seiten der Sozialdemokraten und U. Soz. die Müllabfuhr. Der Antrag der U. Soz. will den Magistrat ersuchen, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um der drohenden Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch die Stokung in der Müllabfuhr zu begegnen; die soz. Stadtv. Barlowski u. Gen. wollen den Magistrat auffordern, in Rücksicht auf die Arbeitseinstellung der Wirtschaftsgenossenschaft die Groß-Berliner Müllabfuhr in den Betrieb der Stadtgemeinde schleunigst zu übergeben.

Stadtv. Dr. Jabel (U. Soz.) rebot nach einer scharfen Kritik des Betriebes der Wirtschaftsgenossenschaft der Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung neuer Methoden der Müllbeseitigung usw. das Wort; die Verabschiedung der Müllabfuhr im hiesigen Interesse sei nur noch eine Frage der Zeit. — Stadtv. Dr. Kollwitz beantragte den Antrag der Sozialdemokraten. Die Anschaffung des Mülls habe sich zu einer großen öffentlichen Kalamität ausgewickelt, die durch die lange Dauer des Müllsticherspreits noch gerade unerträglich gemordet sei. In Charlottenburg und Neukölln funktionieren die kommunale Müllabfuhr zufriedenstellend. — Stadtrat Mielenz: Die Beschaffung des Mülls ist Sache der Hausbesitzer. Die Kommunalisierung wäre nur eine Firmenänderung; die Abfuhr würde nicht besser, nur teurer werden.

Nachdem sich noch mehrere bürgerliche Stadtverordnete teils zustimmend, teils ablehnend geäußert, gehen die Anträge an einen besonderen Ausschuh.

Von den beiden soz. Fraktionen am 1. April eingereichten Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Bilder und Wäfen der Wirtshäuser des Hauses Hohenzollern aus den städtischen Gebäuden und Bureaus zu entfernen, begründen Stadtv. Weiss (U. Soz.) und Dittmer (Soz.), der besonders hervorhebt, daß man seine Bilderhürnerlei vorzöge; funktionslose und künstlerisch wertvolle Werke müßten respektiert werden, nicht aber der gerade auf diesem Gebiete so massenhaft produzierte Müll. — Oberbürgermeister Wermuth: Der Magistrat bekennt sich zu dem Grundsatze, daß in den städtischen Räumen als Symbole der Staatsgewalt nur solche der gegenwärtigen Staatsform zu gelten haben (lebhafter Beifall bei den beiden soz. Fraktionen; hört, hört! bei den andern); Bildnisse, die nicht die Bedeutung eines Wahrzeichens haben und eigenen historischen oder Kunstwert besitzen, unterliegen anderer Beurteilung. Der Magistrat ist zur Durchführung dieser Grundtatsache bereit und bittet, ihm das zweckentsprechende und teilweise Vorarbeiten mit Vertrauen zu überlassen. (Beifall und hört, hört!) Stadtv. Cassel (Dem.): Die Deutsche demokratische Partei hält jeden Versuch zur Wiedererrichtung der Monarchie für ausgeschlossen. Bei der Unabhängigkeit sind aber die Tatsachen der Vergangenheit nicht erledigt. Dazu gehören auch die Denkmäler und Gemälde früherer Herrscher.

Der Antrag gelangt mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zur Annahme.

Ein Antrag der Demokraten ersucht den Magistrat, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um den Uebelständen, welche im öffentlichen Straßenverkehr durch den fliegenden Straßensand, die Abhaltung öffentlicher Glücksspiele und Kummelplätze hervorgerufen sind, abzuwehren. — Stadtv. Rerten (Dem.) entwirft ein wenig erfreuliches Bild von den derzeitigen Zuständen im Berliner Straßenverkehr. Die Spielclubs und kummelhaften Unterhaltungen, die Kummelplätze und die Auswüchse des wilden Straßensandels müßten verschwinden. — Stadtv. Kottwitz: Die Mühsal ist allerdings unentbehrlich geworden und die Reduzierung des Aufwandes. Dem Magistrat steht aber die Verkehrspolizei nicht zu. Er wird beim Polizeipräsidenten energisch vorstellig werden.

Stadtv. Hermann Müller (U. Soz.) befragt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, in Ermangelung genügender Versammlungsorte sämtliche Turnhallen und Schulaulen allen Parteien unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. — Stadtrat Selberg macht Schwierigkeiten technischer, hygienischer und auch finanzieller Natur geltend, die dem Antrage entgegenstehen. Für den Antrag treten auch Stadtv. Mann (Soz.) und Brauns (Dem.) ein, der jedoch angenommen wird.

Den Grundfragen für den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Stadtgemeinde und der hiesigen Arbeiterschaft trägt die Versammlung zu und bewilligt weitere 200 000 M. für den Tarifnachweis aus Anlaß der Tarifumsetzung.

Groß-Berlin

Dörrgemüse.

Das Dörrgemüse ist in der Kriegszeit sehr in Verruf gekommen. Berlin erhielt davon recht mangelhafte Erzeugnisse aus Fabriken des Japlands und auch Dänemarks und Hollands. Dieses Dörrgemüse war unvorsorglich getrocknet, so daß man beträchtliche Mengen Rohrübensäuren, Rohrübensäuren, Kartoffelsäuren usw. darin fand und beim Waschen und Einweichen eine schädliche Portion Säure aus dem Dörrgemüse herausgelöst. Inzwischen hat die Stadt ihre eigene Getreideerzeugungsaustalt eingerichtet, die mit peinlicher Sorgfalt einwandfreie Dörrgemüse erzeugt. Die reiche Gemüseernte des vorigen Sommers und Herbstes hat gestattet, außerordentlich große Dörrgemüsemengen herzustellen. Auf andere Weise wäre es auch gar nicht möglich gewesen, den ganzen über den Bedarf an frischem Gemüse weit hinausgehenden Vorrat zu verwerten. Stadtrat Runge, der Leiter der Gemüselieferanten Berlin, und Direktor Fischer, der Leiter der Gemüseerzeugungsaustalt, führten uns gestern durch ein Dörrgemüselager der Stadt, das auf dem Grundstück Ullrichsrufer 5 untergebracht ist. In drei Stockwerken eines großen Fabrikgebäudes waren alle Säle vollgepackt mit Kisten und Säcken, in denen die Erzeugnisse der Produktionsanstalt, wie Kohlen, Mörrrüben, Kohlrabi, Grünkohl, Weißkohl, Strohbohnen, Koffohl, Spinat, Zwiebeln, des Verbrauchers harrten. Das Abgabeverbot für Dörrgemüse, das den Bedarf des Heeres sichern sollte, ist jetzt aufgehoben worden, so daß die Ware nun frei wird. Sie kommt gerade zurecht für diese Wochen und Monate der Knappheit an frischem Gemüse. Zurzeit hat die Stadt in ihren verschiedenen Lagern für 1 1/2 Millionen Mark Dörrgemüse aufgestapelt. Kostproben von zubereitetem Dörrgemüse, die uns vorgelegt wurden, ließen kaum einen Unterschied gegenüber frischem Gemüse merken. Die Dörrgemüsegerichte, die wir früher aus der Berliner Volksküche schauernd kennen gelernt haben, sind wirklich nicht damit zu vergleichen. Sehr wichtig ist, daß man das Dörrgemüse richtig behandelt. Es muß mit etwa der fünfzehnfachen Gewichtsmenge Wasser reichlich lange eingeweicht und dann in dem Weichwasser gekocht werden. Ein Rezept sagt, daß Dörrgemüse etwas mehr Fett als frisches Gemüse braucht. In der Befolgung dieses Rezeptes lag vielleicht das Geheimnis der überaus schmackhaften Gerichte, die uns vorgelegt wurden.

Ein Streit um die „Zuständigkeit“.

Von Secretariatsangelegenheiten, Kriegsbeschädigten, Kriegerverwundeten usw. geht und eine unaufrichtige Haltung bei Bescheiden darüber zu, daß sie mit ihren Angehörigen von einer Stelle zur anderen geschickt werden und über Gebühr

lange auf Entscheidung warten müssen. Alle diese Zuschriften in unterm Blatt zu veröffentlichen, wäre unmöglich. Die Wiedergabe der folgenden Klage wird vielleicht manchen, dem eine so tolle „Trost“ dienen. Ein Kriegsbekämpfter wurde aus dem Lazarett in Zehlendorf nach Spandau zur Train-Ersatzabteilung entlassen. Diese erklärte sich für nicht zuständig und auf seine Beschwerde beim Soldatenrat wurde er nach der in der Nähe liegenden Infanteriekaserne gewiesen. In ihr wies ihn eine Kompanie an das Bataillon und das Bataillon an das Regiment, das sein Geschäftszimmer wieder in einer anderen Kaserne hat. Das Regiment wollte ihn weiter nach Berlin schicken, doch zog er jetzt vor, zunächst nach Zehlendorf in das Lazarett zurückzukehren. Auf telephonisch eingeholten Bescheid meldete er sich nun beim Generalkommando des III. Armeekorps, von dort wies man ihn wieder nach Spandau zur Train-Ersatzabteilung III und deren Garnisonchwadron entließ ihn am folgenden Tage nach Sadoweberg zum Bezirkskommando II. Etwa 14 Tage später erkundigte er sich dort wegen Anmeldeung von Versorgungsansprüchen und jetzt erfährt er, daß er nach dem Anfangsbuchstaben seines Namens zum Bezirkskommando III gehören sollte. Er wurde aber wieder hin- und her-

Die Brandenburgische Kommunalanleihe sichert uns die Zukunft.

„Sie gut Brandenburg allewege“. Also zeichnet regel!

geschickt, vom Bezirkskommando III zurück zum Bezirkskommando II, vom Bezirkskommando II zum Bezirkskommando IV und vom Bezirkskommando IV nochmals zum Bezirkskommando II, bei dem endlich eine Verhandlung aufgenommen wurde. Als er nach weiteren acht Wochen sich wegen des Standes der Sache erkundigte, wurde er wieder zum Bezirkskommando IV gewiesen. Dort erfährt er, daß seine Angelegenheit noch nicht über einen Zuständigkeitsstreit zwischen Bezirkskommando II und Bezirkskommando IV hinausgekommen sei. Inzwischen sind wieder vier Wochen vergangen, ohne daß er einen Bescheid erhalten hat. Er nimmt an, daß man über die „Zuständigkeit“ immer noch nicht einig ist!

Arbeiterräte Groß-Berlins, kommunale Arbeiterräte und Soldatenräte der S. P. D. Karfreitag, 9 Uhr vormittags, Schulaula Ullrichsrufer 59. Gemeinsame Sitzung.

Tagesordnung: Bericht vom Rätekongreß; Stellungnahme zur Volksversammlung; Aufstellung der Kandidaten zum Volksrat; Wahlen; Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung Erscheinen unbedingt notwendig. Legitimationskarte und Organisationsausweis legitimieren.

Die Fraktionsvorstände. Quast, Freymann, Arndt.

An die Arbeiterräte der Arbeitslosen!

Zur Vorbereitung der Bildung des Preussischen Landes-Erwerbslosen-Ausschusses ist es dringend erforderlich, daß sofort die genauesten Adressen sämtlicher Arbeitslosenräte (Erwerbslosen-Ausschüsse) dem Reichs-Erwerbslosen-Ausschuh zu Händen des Schriftführers Friedrich Wendel, Friedmann, Mergelstraße 16, mitgeteilt werden. Der Reichs-Erwerbslosen-Ausschuh.

Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte, sowie der Delegierten der Soldatenräte

Sozialabend vormittags 10 Uhr, Kammeräle, Teltower Straße. Tagesordnung: 1. Bericht vom Rätekongreß. 2. Neuwahl des Volksrates.

Hier ersuchen alle Arbeiterräte Groß-Berlins pünktlich zu erscheinen.

Der Volksrat des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldaten-Rates. gez. Rich. Müller. Paul Neue.

Groß-Berlin.

Zusatz der auf Beschluß des Bezirksrates der S. P. D. erfolgten Zusammenlegung der Groß-Berliner Parteibüros befindet sich das Sekretariat des Bezirksverbandes Groß-Berlin bis auf weiteres W 9, Bellevuestr. 7, Fernsprecher Amt Lützow 7834-7835.

Die Verlegung aus der Lindenstraße mußte erfolgen, weil zusammenhängende Räume nicht frei waren. Sofern der nötige Platz geschaffen ist, erfolgt die Rückverlegung in das Gebäude der Berliner Parteigenossen.

Zuckerlegen bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Die vor kurzem durch die Presse verbreitete Erklärung des Leiters der Reichsstelle für Gemüse und Obst, daß die Marmeladenfabrikation infolge Zuckermangels ins Stocken geraten werde, hat gerade bei dem Personal der Reichsstelle, wie hier von dort erzählt, einige Verwunderung hervorgerufen. In den letzten Monaten sind in den Räumen der Reichsstelle mit Wägen leitender Beamten dem Personal große Mengen Zucker verkauft worden, wobei man mit einem Kauf sogleich 2 P und dieses wichtigen und in der Kriegszeit leider so rar gewordenen Rohwarenmittels erwerben konnte. Allerdings mußte man dazu das nötige Geld im Beutel haben, denn dort kostete das P und 4,55 Mark, das ist das Vier- bis Fünffache des Höchstpreises. Aus dem Kreise des Personals selber werden uns die Fragen vorgelegt, wie diese Sonderlieferungen von Zucker möglich waren, wobei der Zucker kam und warum er so teuer verkauft wurde. Auch die Frage drängt sich auf, warum der Zucker nicht der Marmeladenfabrikation zugeführt wurde. Aber für sie wäre er freilich mit 4,55 M. zu teuer.

Auf ein Verbrechen läßt ein Leichenfund schließen, der gestern nachmittag an der Wasserstraße gemeldet wurde. Dort wurde eine männliche Leiche gefunden, deren linke Brustseite eine Stich- oder Schußwunde aufweist. Die Leiche, die schon sehr stark in Verwesung übergegangen ist, wurde nach dem Scheinhaus gebracht. Die Personidentität des Toten ist noch unbekannt. Nachforschungen sind eingeleitet.

Selbstmord einer Zwölfjährigen. Ein noch unbekanntes Schulmädchen im Alter von ungefähr 12 Jahren ertränkte sich gestern im Schönerpark in Berlin. Die Leiche wurde von der Leichenhalle des Wiltberg-Straßenhauses in Weissenhof gebracht. Woher gelang es noch nicht. Name und Wohnung des jungen Mädchens ist unbekannt. Die Leiche war 1,65 Meter groß, hatte langes, in Zöpfe geflochtenes, blondes Haar, in das zwei kleine Schellen gebunden worden waren, und Sommerkleidung im Gesicht. Bekleidet war sie mit einem dunklen Kleid mit gelbem Saum.

Kragen, einem weinroten Unterrock mit aufgeschlagenen Taschen und roten Pantoffeln.

Tanzverbot für die Karwoche. Am Karfreitag sind alle öffentlichen und privaten in Gast- und Schankwirtschaften und sonstigen öffentlichen Vergnügungsorten veranstalteten Tanzveranstaltungen, an den übrigen Tagen der Karwoche alle öffentlichen Tanzveranstaltungen verboten.

Feier Turnerschiff Berlin. Am Montag fand das Eröffnungsturnen und die Konstituierung des Vereins unter zahlreicher Beteiligung statt. In der Begrüßungsansprache betonte der Vorsitzende, daß der Verein keinen Kampf gegen den Turnverein „Fichte“ wolle, aber man sei verpflichtet, den durch die Verhältnisse in „Fichte“ heimlich gewordenen Turnern eine neue turnerische Heimat zu schaffen, wenn nicht die Arbeiterrunde Bewegung in Berlin großen Schaden nehmen soll. Verschiedene erschienenen Vertreter Berliner Turnvereine erklärten sich bereit, im Verbindungen zwecks Beitritt zur Freien Turnerschaft Berlin einzutreten, so daß eine baldige Begrüßung des Vereins zu erwarten ist. Beschlossen wurde der sofortige Beitritt zum Arbeiter-Turnerbund. Alle Turner und Turnvereine Berlins, die aus dem Vorden partipolitischen Neutralität stehen und sich zu den Prinzipien des A. T. B. bekennen, werden gebeten, sich mit dem Vorsitzenden F. Sühm, Neufuß, Panierstr. 13, in Verbindung zu setzen.

Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“. Nun haben die Unabhängigen und Kommunisten auch in unsere Wanderversandlung den Parteipolitiker hineingetragen. Ein erschütternder Grund dafür lag freilich nicht vor, aber was rüß? Es gibt r. er auf Unabwählbarer Seite Elemente, denen der Gedanke ein Greuel ist, daß es noch Arbeiterorganisationen gibt, die von der Spaltung bisher verschont geblieben sind.

Da man die Mehrheitssozialisten nicht ausschließen konnte — das Statut des Gesamtvereins stand dem entgegen —, so beugte man sich mit der Annahme eines Antrags, wonach vor der Neuwahl des Vorstandes jeder Kandidat nach seinem politischen Weltanschauungsbegriffen gefragt werden sollte. Dieser Antrag wurde nicht nur von unseren Genossen, sondern auch von Unabhängigen bejaht, die nicht einsehen wollten, daß die Degradierung der Mehrheitssozialisten in einem Wanderverein notwendig sei. Aber der Antrag wurde angenommen und bei der Neuwahl demgemäß befolgt. Wer sich nicht als Unabhängiger oder Kommunist bezeichnen konnte, wurde nicht gewählt. Um sich gegen dieses unsere Wanderversandlung sprengende Treiben von Unabwählbarer Seite zur Wehr zu setzen, werden daher alle Mitglieder des Vereins, die zur sozialdemokratischen Mehrheitspartei halten, sowie auch die, die auf dem Boden unbedingter politischer Neutralität unserer Wanderversandlung stehen, zu einer Aussprache für morgen, Donnerstagsabend, 7 Uhr, nach dem Klubhaus, Dünfer 2, eingeladen. Vollständige Erscheinen aller Gesamtvereinsgenossen und -Genossinnen ist Pflicht!

Erwerbslosen-Unterstützung. Diese in unserm Dienstags-Abendblatt erhaltene Notiz über die Auszahlung in der Karwoche bezieht sich nur auf die Mitglieder des Verbandes der Bureauangehörigen, was wir zu beachten bitten.

Arbeiterräte: Betriebsräte: Funktionäre aller Branchen! Der Kurier über allgemeine Wohnungs- und Gewerbehygiene beginnt Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr, bei Professor Benninghosen, Turmstr. 19.

Ein unglaublicher Zustand. Im Bahnhof Charlottenburg stehen an der Schranke die Fahrkartenausschreiber den ganzen Tag in verbrauchter, verpesteter Luft. Daß hinter Schranken die Luft immer offeneren Luft, aus denen ein raus über Gehäuf ausströmt. Kein Reich sorgt für Abhilfe. Wir fordern sie.

Arbeiter-Radsportverein Groß-Berlin. Touren: Karfreitag, nachmittags 2 Uhr: Lichtenrade (am Bahndorf); 1. Freitag, nachmittags 1 Uhr: Romanow (Singer); 2. Freitag, nachmittags 1 Uhr: Darnau (am Bahndorf); 3. Freitag, Start nachmittags 3 Uhr: Großes Frühlings-Sportfest in Reubensfeldchen, Brunnenstr. 154. Anfang nachmittags 4 Uhr. Sämtliche Start: Karlsruherplatz.

Ein nationaler Wettbewerb im Ringen und Gewichtheben wird am Sportplatz „Alten 97“ am 1. Osterfesttag im „Refraktorenhaus“, Alexanderstr. 41, veranstaltet.

Arbeiter-Turner-Bund, 1. Kreis, 5. Bezirk. Karfreitag nachmittags 2 Uhr in den Kägelbergen, Nähe des Restaurants „Teufelkerl“, Waldau des Bezirks. Strecken betragen für Männer: 2000 m, für Jugendliche: 1500 m und für Turnerinnen: 500 m. Die teilnehmenden Vereine werden ersucht, ihre Stoppkarten mitzubringen.

Das große Aufräumen mit den wilden Spielern und Straßenhändlern wird jetzt systematisch fortgesetzt. Die Säuberung der Hof- und Hinterhöfe ohne Widerstand und Schieberel. Im Anschluß an die Säuberung durch die Wohnmeister, Neue Schönhauser, Gormannstraße und die angrenzenden Straßenzüge fand auch eine Säuberung des Alexanderplatzes statt. Auch der Andreasplatz und die Vorplätze des Schiefischen und Potsdamer Bahnhofes werden gesäubert.

Raubüberfall. Im Wannenseebad wurden zwei junge Damen mit Raubüberfall in den Fahrkartenschaukasten. Der dort amfahenden Verkäuferin Frau Weber hatten sie einen Raubüberfall vor den Augen und drohten ihr mit Erschießen, wenn sie sich rühren werde. Während der eine die Verkäuferin so in Schach hielt, nahm der andere aus dem offenen Geldschrank 2000 M. und beide flüchten dann das Weite, nachdem sie vorher die Heberkassene wieder in dem Verkaufsraum eingeschlossen hatten.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Da die Arbeiter der Zuckerfabrik Berlin in den Ausnahmestellung sind und die Kassiererin Wandenburg wegen Kassenmangels hinfällig geworden ist, so sind die zurzeit in Berlin lagernd in Zuckerte nicht aufzulassen, um schon in den nächsten Tagen als gemein die Verteilung von Zucker auf Schritt Nr. 2 der Berliner Zuckerfabrik vornehmen zu können. Die Zuckerfabrikverwaltung hat daher dem Landesverwalter den Antrag gestellt, den lebenden Zucker aus anderen Kassen umgehend anzunehmen, damit die Einfuhr des Zuckers ins Land der Zuckerfabrik gewährleistet wird. Am 16., 17. und 18. April werden die 1/2-Liter-Brantentaxen nur mit 1/2 Liter Vollmilch geliefert. Im übrigen bleibt die Lieferung dieselbe.

Neuwahl. Zur Stadtratswahl. Vom Vorstand der Unabhängigen Stadtratsfraktion wird uns mitgeteilt, daß bei der Wahl des Stadtrats Niemeys die Unabhängigen sich der Stimme enthalten haben. Niemeys habe nur die 27 Stimmen der Mehrheitssozialisten und 8 Stimmen der eigenen Partei erhalten. Begründet wird dies damit: „Durch das Verhalten der Bürgerlichen bei der vorhergegangenen Wahl unserer Kandidaten werden wir genötigt, auch bei der Wahl des Niemeys weiche Stellen anzugeben.“

Demnach fragen also die Fraktionen so: aus prinzipiellen Gründen haben die Unabhängigen nach der obigen Erklärung nicht gegen Niemeys gestimmt, sondern nur aus taktischen. Aber aus prinzipiellen Gründen haben die Unabhängigen gegen die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt. Diese Tatsachen sind nicht geeignet, an unserer Kritik etwas zu ändern. Wilmersdorf. Sonntag, 14. April, abends 8 Uhr in der Schulaula am Ullrichsrufer 59. Maria Schumann wird aus ihrem Leben vortragen und ihre Worte sammeln durch Mitglieder, die dabei die Rede vortragen werden. Die Konzeptionsfraktion Maria Schumann wird dabei mit Karten von Wilmersdorf, sowie lustige Reden zur Laune bringen. Eine kurze Einführung in das Schaffen des Dichters und Schmeckers wird Gen. Dr. Franz Dierckx geben. Karten im Sommerhaus 50 Pf. im Parteibureau Ullrichsrufer 59/59.

Lichtenberg. In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag gab Lehrer Köhler vom Lehrerrat unter „Beschlüssliche Mitteilungen“ eine Erklärung ab, die sich mit dem von dem Unabhängigen Bilde in der letzten Stadtverordnetenversammlung erwählten Verzicht beschäftigt, wonach in einigen Lichtenberger Schulen für die Freiwilligen-Truppen gesammelt worden sei. Es hat sich um eine Sammlung zur Beschaffung von Ersatzstoff für die Offiziersuniformen gehandelt. Der größte Teil der Schulen hat diese Sammlungen durch Konferenzbeschluss abgelehnt und nur in der 6. und 7. Gemeindefschule, wo die Konferenzen unterblieben sind, wurden Sammlungen eingeleitet, in der irrigen Annahme, daß auch die Schulkinder herangezogen werden sollten. Durch Bespähung der Kinder ist dann das Gerücht entstanden. Die Unabhängigen schwiegen sich zu dieser Erklärung aus.

Bei der Statutarberatung vertrat Stadtsyndikus Dr. Karchh auf die in Aussicht stehende Eingemeindung mit Berlin, die eine erhebliche Beschränkung der Selbstverwaltung zur Folge haben werde. Die Ausgaben sind unbeschwerter gestiegen. Die Schuldenlast der Stadt beträgt rund 127 Millionen Mark, von denen 41 Millionen durch den Staat erstattet werden sollen. Auf sozialem Gebiet sind großzügige Aufgaben zu lösen. Errichtung und Ausbau großer Spielplätze, die Schaffung eines leistungsfähigen Wohnungswesens, der Bau einer Volkshochschule usw. seien Projekte, die der Verwirklichung entgegengeführt werden müssen. Die Einkommensteuer ist auf 200 Proz. angelegt. Wähle (Unabh.) bemängelt in längeren Darlegungen den Etat, der keinen Fortschritt erkennen lasse. Genosse John betont, daß zur Bewältigung der erforderlichen Ausgaben ein Steuergesetz von 400 Prozent angebracht erscheint. Redner bekräftigt, daß der in den Etat eingeschätzte Steuerbetrag nicht erreicht werden wird; es werde in der Bevölkerung befremden, wenn unter einer sozialdemokratischen Mehrheit solche Ausgaben notwendig seien. Der Redner erinnert deshalb an die Umverteilungsforderungen der früheren bürgerlichen Mehrheit, die die Schaffung der jetzt geplanten Einrichtungen immer mit dem Einwand abgelehnt habe, es seien keine Mittel vorhanden. Die Verantwortung für dieses Verhalten müsse die jetzige Mehrheit natürlich ablehnen. Genosse John fordert den Befehl des Beamtensteuerprivilegs und die Einführung einer progressiven Einkommensteuer. Mit der Eingemeindungsfrage müsse sich die Stadtverordnetenversammlung gründlich befassen, damit wir nicht eines Tages vor fertige Tatsachen gestellt werden. Dr. Karchh weist die Kritik höchstens zurück. Dabei betont er klar, daß er unbedingt auf die praktische Mitarbeit der Unabhängigen rechnet, um die von ihnen gegebenen Anregungen und Wünsche nach Möglichkeit zu verwirklichen. Merkwürdig wären auch die Unabhängigen erkennen, daß die harten Tatsachen nicht selten Hindernisse bringen, die

nicht zu überwinden sind. Genosse Kirz wünscht dringend den Rücktritt der unbeschäftigten Stadträte. In einer Gemeinde mit zunehmender sozialistischer Mehrheit sei ein erfolgreiches Arbeiten mit einem Magistrat wie dem Lichtenberger auf die Dauer unmöglich. Er fordert unverzügliche Verbesserung der Straßenverhältnisse im Osten Lichtenbergs. Stadtsyndikus (Unabh.) erklärt, daß die seiner Fraktion nachfolgenden unbeschäftigten Stadträte ersucht werden seien, auf ihren Posten zu verbleiben, die Herren seien im Magistrat auf Grund eines legalen Wahlrechts, während die Stadtverordnetenversammlung noch einer Verordnung, die als Revolutionsprodukt anzusprechen sei, zustande gekommen sei. Der Redner bezeugt beständig den Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion; insbesondere gelte Genosse Kirz das schmachvolle Wahlrecht, dem die frühere Mehrheit ihre Macht verdankt habe.

Spandau. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde vom Magistratsmitglied der Ritterschaft gemacht, daß die unbeschäftigten Stadträte bereit sind, zum 1. Juni zurückzutreten. Die Forderungen der Magistratsmitglieder und Konsuln werden der Gesundheitsregulierungsdeputation überwiesen und der Magistrat ermächtigt, einen entsprechenden Vorstoß zu machen. Der Gesetzentwurf wurde, nachdem man den Geldpreis wieder auf 87 Pf. herabgesetzt hat, genehmigt.

Der Hauptetat weist eine Ausgabe von 15 676 000 M. und eine Einnahme von 6 120 650 M. auf. Der Finanzbedarf stellt sich auf 9 555 350 M., davon ab der Reichszuschuß mit 900 000 M. und die Kostenerstattung der Umzugsverwaltung mit 50 000 M., verbleiben 8 605 350 M. Durch Steuern lassen sich aufbringen 7 121 300 M., die restlichen 1 484 050 M. werden aus dem Steuer- und Ausgleichsfonds gedeckt. Die Verteilung der Steuern wird wie folgt vorgeschlagen: Biersteuer 25 000 M., Hundsteuer 50 000 M., Lustbarkeitssteuer 25 000 M., Umsatzsteuer 100 000 M., Zinnschuldenersteuer 60 000 M., Gemeindefinanzsteuer, 200 Proz., 4 665 000 M., Gemeindegrundsteuer, 2,80 Promille, 1 102 600 M., Gewerbesteuer, 240 Proz., 900 000 M. Die Steuereinnahme ist um 2 227 850 M. höher wie im Vorjahre.

In der Aussprache behauptete Genosse Sarius, daß die Gesetze eine Staffelung der Steuern nicht gestatten, sonst würde man die höheren Einkommen stärker herangezogen haben. Öffentlichliche Sorge die Gesetzgebung für eine baldige Änderung. Wenn man den Gemeindesteuergesetz auf 200 Proz. festsetzt, also niedriger wie Berlin und Vorpommern, so geschah dies aus dem Grunde, um nicht unser erpartes Geld bei einer Eingemeindung mit nach Berlin zu nehmen.

Für Reparaturen in der verfallenen Walderholungsstätte wurden 4878,60 M. gefordert. Unsere Genossen sprachen sich

gegen diese Vorlage aus und forderten die Einrichtung einer neuen, zweckentsprechenderen Erholungsstätte. Die Mehrheit, Unabhängige und Bürgerliche, stimmten für die Vorlage. Für die Einrichtung einer neuen Walderholungsstätte wurde eine gemischte Kommission gewählt.

Mit der Neueinstellung von 55 Polizeibeamten ist die Verammlung einverstanden, die einen Kostenaufwand von rund 300 000 M. erfordert.

Weißensee. Gemeindevertretung. Durch die Amtsniederlegung der unbeschäftigten Schöffen und der Pensionierung eines beschäftigten Schöffen fand am Montag eine Neuwahl der Schöffen statt. Gewählt wurden als beschäftigter Schöffe Genosse Laubmann und als unbeschäftigte Schöffen die Genossen Kasula, Louis und Schlemminger, außerdem der bisherige Schöffe Steinko. Ein Zusammengehen mit den Unabhängigen, die mit anderen Genossen zusammen eine Dreierliste gebildet, war noch in letzter Stunde von den Unabhängigen bereitet worden, so daß ihnen aus diesem Grunde kein einziger Sitz zufiel. Unsere Stellungnahme zur Schöffenwahl ergaben unsere Wähler in einer am Donnerstag stattfindenden Versammlung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zufolge der Papierkost können wir Versammlungsanzeigen nur einmal veröffentlichen. Die Redaktion.

Berlin. Rednerkurse heute abend 8 Uhr. „Jugendheim“, Lindenstr. 2.

Schwerhörige. Heute 7 Uhr, Laubstummenschule, Karkauer, 49, Hofstr. 10, Schwerhörige ist aufgestellt.

29. Abteilung. Donnerstag, 7 Uhr, Schulstraße, Danziger Str. 28.

Petershagen (Ostb.) Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr, Gasthof, Siedelstr. 1, Zahlend. Verteilung des Protokolls. Bericht der Gemeindevertreter über ihre Tätigkeit. Allgemeines.

Jugendveranstaltungen.

Das Jugendsekretariat befindet sich von heute an Bellevuestraße 7, 3 Tr. r. Tel. 7884. Geschäftszeit 9-5 Uhr Dienstag und Freitag von 9-3 Uhr und 7-10 Uhr.

Die 18-24jährigen Parteimitglieder versammeln sich heute 7 Uhr im Gewerkschaftsausschuss, Engelstraße 15, Saal 3: Bericht der eingeleiteten Kommission.

Veren Arbeiterjugend Groß-Berlin. Abteilung Weißensee. Heute abend 8 Uhr, Jugendheim, Weidenstraße 1 (Schlagbaum). Lichtbildvortrag: Eine romantische Wanderung durchs Rheintal. Eintritt 25 Pf.

Haupt-Restaurant Rennbahn Grunewald

Eröffnung: Sonnabend, den 19. April 1919. * Täglich ab 5 Uhr: Künstler-Konzert.

Fünf-Uhr-Tee. Fernsprecher: Wilhelm 6173. Für Tischbestellungen: Wilhelm 7718. Mittag- u. Abendkarte.

Opernhaus
Neu einstudiert: **Don Juan.**
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Othello.
Anfang 7 Uhr.

Volkshöhne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: Die Heirat.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Der arme Heinrich.
Donn. 7: Wie es euch gefällt.
Kammeroper.
7 Uhr: Der Star.
Donn. 7 1/2 Uhr: Fasching.
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Räuber der Pandora.
Donn. 7 1/2 Uhr: Die Räuber der Pandora.

Theater L. J.
Königsplatzstraße
Dir.: C. Reinhard - R. Bornauer
7 1/2 Uhr: Fünf Frankfurter.
Donnerstag: Der Vater.
Freitag: Geschlossen!

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
7 1/2 Uhr: Erdbeben.
Donn. Der Feldherrnabzug.
Freitag: Geschlossen!

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Sterne,
die wieder leuchten.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Jäger aus Kurpfalz.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Stärker als der Tod.

APOLLO
THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7 1/2 April 7 1/2
Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2

Variété-Programm
3 Dardanis
Universalakt
Eggs
aktive Dackelspiele
4 Karleys
Schleuderer - Akrob.
Kara
Weltmeister
Der Jonglierkunst
Gory
der fallende Mensch
Ein Seitensprung
m. Lucie Blatner,
Paschke,
einarm. Klaviervirt.
Harten, Tansschöpl.
3 Manigos
Equilibristen.
Sonntags 3 1/2 Uhr
leder Erwachsene
1 Kind frei
Theater, ab 10 Uhr
ununterbr. geöffnet.

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Der rote Hahn.
Donnerstag: Der blaue Hahn.
Freitag: Peer Gynt.
Sonnabend: Zum 1. Male:
Dies Irra.

Deutsches Künstler-Theater.
7 Uhr: Der Schöpfer.
Donn. Freit.: Der Schöpfer.

Central-Theater
Kommendantenstraße 37.
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der eiserne Heiland.
Friedr.-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr: Dorf ohne Glocke.

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Liebelel.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater.
7 Uhr 10: Die Fälschung.
Neues Operettenhaus
Schiffbauerd. 44, Norden 281.
7 1/2 Uhr: Die keusche Susanne.

Palast-Theater
3 Uhr: Wallensteins Tod.
7 Uhr: Christus.
Schiller-Theat. Chari.
7 1/2 Uhr: Die große Pause.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Zur wilden Hummel.
Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: Manerbüchchen.
7 Uhr: Wo die Lerche singt.
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Madame Sherry.
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Geisha.

Theater der Friedrichstadt
Eda Friedrichstr. 2, Nollendorf.
7 1/2 Uhr: Die Fälschung.
Der Fälscher.
Die Dame ohne Beruf.
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.
Der Fälscher.
Die Dame ohne Beruf.
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.
National-Theater. 7 1/2
Die Kinopuppe.

Residenz-Theater.
Unterg. Klosterstraße
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Spielleitung: Alfred Rotter.
Eugen Burg, Kaiser-Titz,
Hansi Arnstadt, Olga Limburg,
Rosa Valetti, Emma Deber,
Paul Bildt, Jul. Falkenstein.
Donn. 4 Uhr: Rotkäppchen.

Casino-Theater.
Behringstr. 37. Tel. 1/4 Uhr.
Das verfluchte Soldatend
Vater Knolle.
In allen Feiertagen 3 Uhr.
Wende 4 1/2. Väter Knolle.
Soab. 7 1/2 Uhr u. 11. Dresden:
Mach sei 100.

Luisen-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Berlin - Hamburg - New York.
Freitag 7 1/2: Marie Stuart.
Sonnabend und Sonntag weiter:
Berlin - Hamburg - New York.
Sonnt. 3: Marie Stuart. Sonnt.
3: Berlin - Hamburg - New York.
Donnerstag 3: Marie Stuart.

Trion-Theater.
Ulfr. Friedrichstr. 27. 1927, 23/24
Nachm. 4 1/2 Uhr kleine Preise
Rotkäppchen.
Tägl. 8 Uhr. Heute 2. 212. Male
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Soann. 1 1/2: Schneewittchen.

Viktoria

Inh. Ernst Hofmann

Café und Diele

Unter den Linden 46 • Ecke Friedrichstraße

Café: Konzerte Rudolf Weintraub
Viktoria-Diele: 1. Stock zum 5-Uhr-Tea u. abends
Kapelle Schotter und Kapelle Makowski

Treffpunkt aller Fremden

Morgen
URAUFFÜHRUNG



ALRAUNE

NACH DEM
ROMAN VON
HANN HEINZ EWERS

MARMORHAUS

DIR. HERBERT GOLDSCMIDT &
Ehrenkarten haben keine Gültigkeit
Vorverkauf täglich von 11-1 Uhr

Fortuna
Sichtspiele
12c Mäckerstraße 12c.
Für die Donnerstage
der beliebteste Erfolg:
1000
und eine Frau
Unsere Entwürfe
aus dem Logenbau
eines Jagdschlösschens.
7 1/2 Uhr
Erich Kaiser-Titz
2 Vorstellungen.
5 u. 8 Uhr.

Film-Palast
Kellers Festsäle, Koppensir. 29
Direktion: J. Werner.
Eröffnungs-Vorstellung Sonnabend, 19. April 1919
Anfang 7 Uhr
Das Kaviar-Mäuschen Film-Operette
in sechs Akten.
Hauptrollen: Dora Brach, Josephine Dora, Jean Paul unter
Mitwirkung von 10 namhaften Sängern u. Sängerinnen
sowie das glänzende Orchesterprogramm.

Busch
Tel. 7 1/2 Stg. 3 1/2 u. 7 1/2
Geheimnisse a.
der Wunderwelt
indo-chines.
Fakir- u. Yoga-Kultur
u. d. übrige April-Schlager
Marga Stenglewska - Hans
Nacht, Ida Kewill-Friedr.
Werner, Soliman, Carle
Carl Reinsch
Tänze
m. d. reiz. Kinder-Balletts
und zum Schluß:
Ein Fest u. d. Stiergefecht.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Prachtsäle des Westens
Spielernstr. 3
(Untergrundbahnhof
Nollendorfer Platz)
Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donner-
tag und Sonntag:
Gr. Ball
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

MARMORHAUS
Dir.: Siegh. Goldschmidt.
Unwiderlich
letzter Tag
**FERN
ANDRA**
In Ihrem Film
Zwei Menschen
5 Akte aus dem Künstler-
leben.
Die weiße Maus
Lustspiel in 3 Akten
mit
Lu L'Arronge.
Vorverkauf 11-1 Uhr.
5, 6, 40, 8, 45

Reichshill-Theater
Abend 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
**Stettiner
Sänger**
Kon. erml. Fr.

Jeder Sozialist heißt:
Kraftvolle Lebensgestal-
tung und Führer zur
Gemeinschaft. 11. 150. Baden,
vert. A. E. Bartel, Berl., Schöne-
berg 4, Gropius-Platz 11.

METROPOL
KABARETT
DEHNENSTR. 22
Ingriel
Paul Steinitz
Niemeier-Quart.
Senta Söneland
in ihrem Sketch
„Alles da“
und u. v. a. v. a. v. a.
April-Programm.
Gygyi-Konzerte.

**BRAUNES
DIELE**
ALEXANDERSTR. 33
Claire Feldera
Paul Coradin
Mary Walter
Max Petelin
mit Partnerin
Ros' Körner
Eugenie Miller
Karl Holzman.

Kaffee u. Konditorei Prager Platz
Am Prager Platz 42. Inh.: J. Erber.
Eigene Konditorei. Wiener Küche
Täglich 5-Uhr-Tea Kapelle van Smitten
nachmitt. u. abds. in- u. ausl. Tagesbl. l. groß. Ausw.

ORIENT
das größte und schönste
Konzert-Café-Kabarett in Berlin O.
am Strausberger Platz.
Grete Ring Harry Swenson
Paul Kuchmann Max Carter
Fritz Waldow Max und Moritz
Tonkünstler-Konzert (10 Solisten) - Tonkünstler.
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Zähne 3
Teils wöchentlich, 1 M. Plomben 1.50, Gold-
krone 18 M. Zahnziehen u. Einsetzen höchst
schmerzlos. Umarm. schmerzlos. Gebrauchs-
Zahnarzt Wolfstr. 20, Potsdamer Str. 10, Kochstr. 9-12

Am Sonntag abend verstarb plötzlich Herr
Karl Salomon,
 Begründer und Inhaber der Firma Weizenmühle Karl Salomon & Co.
 Wir verlieren in dem Verstorbenen nicht nur den Chef der Firma, die er in 26jähriger rastloser Tätigkeit zur Blüte gebracht hat, sondern auch unseren Berater und Freund, der in seiner Herzengüte stets unser Interesse förderte und uns half, wo es immer konnte.
 Sein Andenken bleibt in uns leben.
 Die Beamten und das Mühlenpersonal der Firma.

Besonders vorteilhaftes
Möbel-Angebot!
 bestehend aus:
 1 Bänke Eiche
 1 Kredenz " " " " " "
 1 Ausrichtisch " " " " " "
 6 Stühlen " " " " " "
 zusammen M. 2350

bestehend aus:
 1 Bibliothek Eiche
 1 Schreibtisch " " " " " "
 1 runder Tisch " " " " " "
 1 Schreibstisch " " " " " "
 2 Stühlen " " " " " "
 zusammen M. 2450

Juwelen, Brillanten, Perlen
 dem heiligen hohen Rufe entsprechend
 zu kaufen gesucht
 Margraf & Co. G. m. b. H., Berlin
 Kanonierstraße 9.
 Geschäftsz. Zentrum 8861.

Hygienische Gummiartikel
 in Feinsteinstufen liefert sofort für Herren u. Damen. Engros, Detail, direkt, Versandhaus Peter, Berlin, Trebbiner Str. 10/11.
Automobile.
 Gebilligtes Angebot in Personen- und Lastkraftwagen.
 R. Beck, Automobile, Haderleben (Schleusen).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
 Bezirk Westpreußen.
 Am Sonntag, 13. April, 11 Uhr, im Saal des „Königsplatzes“ in Berlin, unter dem Vorsitz von Hedwig Brosow, eine öffentliche Sitzung.
 Die Tagesordnung lautet:
 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 4. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 5. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 6. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 7. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 8. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 9. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 10. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 11. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 12. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 13. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 14. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 15. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 16. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 17. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 18. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 19. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 20. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 21. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 22. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 23. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 24. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 25. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 26. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 27. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 28. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 29. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 30. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 31. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 32. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 33. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 34. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 35. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 36. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 37. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 38. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 39. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 40. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 41. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 42. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 43. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 44. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 45. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 46. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 47. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 48. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 49. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 50. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 51. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 52. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 53. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 54. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 55. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 56. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 57. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 58. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 59. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 60. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 61. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 62. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 63. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 64. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 65. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 66. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 67. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 68. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 69. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 70. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 71. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 72. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 73. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 74. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 75. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 76. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 77. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 78. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 79. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 80. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 81. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 82. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 83. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 84. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 85. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 86. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 87. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 88. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 89. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 90. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 91. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 92. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 93. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 94. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 95. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 96. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 97. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 98. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 99. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.
 100. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Vierteljahr.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
 Bezirk Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Vorsitzende, Emil Schünemann, am 14. April verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Götterstraße 11 in der Pringelstraße statt.
 Zur weiteren Nachricht, daß der Vorstand, Karl Werner, am 13. April verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Götterstraße 11, statt.
 Ehrs ihrem Wudens! 1485 Der Vorstand.

Schlafzimmer
 bestehend aus:
 1 Schrank mit Spiegel, Eiche
 1 Waschtisch mit Spiegel und Marmor
 2 Nachtschränken mit Marmor
 2 Bettstellen
 2 Patentböden
 2 Steiligen Auflogematratzen mit Kalkkissen
 2 Stühlen
 1 Handtuchhalter
 zusammen M. 1875

Ständig große Ausstellung
 von ca. 300
 Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
 Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.
 Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen = einfacher, mittlerer und eleganter Art =
 Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.
 Lombard-Bankgeschäft und Lagerspicherei
M. Schlewinsky & Co.
 Berlin C, Dirksenstr. 31
 am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königgraben.

Lernt Dekorieren!
 Privat-Schule für Schaufenster-Dekoration von Leopold Lorinson, Berlin, Leipziger Str. 86, gegenüber Tietz. - Prospekt Tages- und Abendkurs.

Deutsche Männer und Frauen
 schließt die deutsche Kultur
Terror, Gewalt und Mord
 des Bolschewismus!
 Heraus aus der Gleichgültigkeit, heraus aus der Parteilosigkeit und dem parteipolitischen Denken und Handeln.
Vereinigt Euch durch Beitritt in die Liga zum Schutze der deutschen Kultur!
 Dann ist der Sieg unser.
 Berlin W. Bismarckstr. 22.

Papier-Servietten
 Kapp-Servietten und Tischdecken
 Hirtel & Co., Halle - Alliance - Straße 69.
 Preisverleihung: 17412

Zähne
 M. Löser, nur Brunnenstr. 185, zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstr. Sprechstunde 9-7 Uhr, Sonntags 9-12 Uhr.

Dringendes Bedürfnis.
 In Memel wird von vielen Parteigenossen dringend ein Rechtsanwältin gesucht. Gute Existenz gesichert. Nähere Auskunft erteilt der Verlag der „Memeler Volksstimme“, Memel. 258/9

Elektro-Motore
 und Dynamomaschinen, auch bester, tauch Elektrosicherung, Berlin, Friedrichstr. 294.

Billige Lauben
 18. 75, 130, von ehemals. Berl. Omnibusen, 10, zu verl. Karl Schneider, Wagners, Staliner Str. 78. 16/7

Pianos
 gegen bar und auf Teilzahlung. Pianohandel, Berlin, Göbenstr. 10, pt.

Flamingo
 Konditorei u. Café
 35 Tapfenstr. 35
 Vorz. Küche - gute Weine
 Ab 5 Uhr nachmittags:
 Konzert
 II. Kaffee - eigene Konditorei
 Abends: Weinrestaurant und Bar.
 Kapelle Frey - Klavier-virtuose Kertesz.
 Wien. Schrammel.
 Dietrich.
 Eröffnung:
 Heute nachm. 5 Uhr.

Wer jetzt arbeitet und spart,
 sollte sich freie Bahn für die Zukunft!
 Deutscher Sparkassenverband

PLATIN
 Gold, Silber, Schmuckstücke, Kunstgegenstände, Brillen, Uhren, etc.
 Frau Linke, Bismarckstr. 40.

Buchführung
 gründliche Unterrichtung.
 F. Simon, Berlin W. 30, Magdeburger Str. 24. Berechnen Sie gratis Probeheft.

Möbel
 vermietet gewasene und ungewasene: Herren-, Schlaf-, Kinder-, Küchen-, etc. Möbel.
 Verkauft: Central-Lager, Lützowstr. 93. Geschäftsz. von 8-5 Uhr.

Mandolinspiel.
 Gitarren, Zupfspiel, etc.
 Mandolinspiel, etc.
 Mandolinspiel, etc.

Tüchtiger politischer Redakteur
 für neu zu gründende Parteizeitung in Thüringen zum 1. Mal gesucht. Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert.
 Bewerbungen mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche unter P. 19 an die Expedition des „Vorwärts“.

Partei-Sekretär gesucht.
 für unser Sekretariat wird zum baldigen Eintritt ein energiegeladener und redigierfähiger Sekretär gesucht. Schriftliche Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit werden bis zum 1. Mai mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Expedienten erbeten. 256/7

Sozialdemokr. Verein Bielefeld-Wiedenbrunn.
 V. L. Ludwig Theisinger, Bielefeld, Brühlstr. 8 II.

Arbeiter-Sekretär
 wird vom Gemeindeführer Dresden zu baldigem Eintritt gesucht. Bedingungen des Vereines Arbeiter-Sekretär mit 3000 Mk. Grundgehalt von 3000 Mk. Daneben die hier üblichen Zusatzleistungen. Anträge werden bis 10. April an den Gemeindeführer Dresden, Riesenbergstr. 4 I, erbeten.

Partei-Sekretär
 für die Reichsleitung wird für Kreis Köln gesucht. Besondere Kenntnisse in der Schriftführung, organisatorisches und administratives Talent. Eintritt sofort. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an H. Dacht, Zigarenfabrik, Senftenberg H.-C., Bahnhofstr. 21. 258/8

Schnittmustermacher (Damen und Herren).
 welche perfekt geübte Schnitt nach jedem Maße anfertigen können, bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn in uns auf der Suche sind, gef. Briefwechsel, Rosenstr. 10, Berlin.

Kurbelständer oder Ständer
 mit allen Maschinen verträglich, findet dauernde und gute Beschäftigung.
Bergmann & Co., Erfurt
 Rosenstr. 10, Erfurt. Bahnhofstr. 41.

Mehrere perfekte Anfertiger
 für Gleich- und Dreifach, bei hohem Stundenlohn sofort gesucht. Näheres bei bereits in Reparatur-Beschäftigung geschäftlich haben, werden beargw. Erich Wohlfel, Berlin N. 39, Gerichtstr. 82 Reparatur - Werk für Elektromotoren und Dynamomaschinen, Rudow 10477. 18074

Werkmeister,
 der einem größeren Betriebe energisch und tatkräftig vorstehen kann und mit sämtlichen in das Fach einschlagenden Arbeiten gut vertraut ist. Beanspruchung wird nur eine erste Kraft. 82/9
 Angebote über bisherige Tätigkeit unter P. 337 an Hansenstein & Vogler A.-G., Breslau.

Jurist,
 Sozialdemokrat, 32 Jahre alt, 5 1/2 Jahre in Kommunalverwaltung tätig, in leitender, ungekündigter Stellung, mit besten Zeugnissen, sucht weit unter dem Regime konservativ-reaktionärer Elemente in der Arbeitslosigkeit gelähmt und im freien Aufstiege behindert, anderweitig Stellung als Bürgermeister, Amtmann od. dergl. Off. Angebote erbeten unter P. 19 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 20320

Vorsteher
 einer elektrischen Fabrik (Zementfabrik) gesucht. Antritt mit Gehaltsanforderungen bis 10000 Mk. A. B. Stockholm, Syabrig Stockholm, Schweden.

Fortigpoller
 stellen bei hohem Lohn ein Gebr. Niendorf, Cudowaide.

Meister.
 für unsere Abteilung Foto Bildmaschinen suchen wir einen tüchtigen Meister, welcher hauptsächlich mit der Konstruktion von Photographieapparaten vertraut sein muß. Offerten mit Gehaltsansprüchen an Auskunftsstelle B. Grosz, Weiblich 121/2

Hausangestellte
 finden teilweise freie und teilweise Stellen im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Abteilung für Hauspersonal, Köpenicker Str. 1 (Ruhle-Pot. Pl.). Stelle Köpenicker-Platz 5, Oppmann Str. 15, Köpenicker-Platz 1 (an Steglitzer Weg), Köpenicker-Platz 1 (an Steglitzer Weg), Köpenicker-Platz 1 (an Steglitzer Weg).
 B. Grosz, Weiblich 121/2

Schuhmacher,
 ältere, erprobter Mann, zur selbständigen Leitung der Schuhreparatur- und Werkstätte der Gemeinde Berlin-Steglitz sofort verlangt. Angebote mit Zeugnis an den Gemeindevorstand Berlin-Steglitz, Rathaus, Zimmer 48.

zwei Lehrlinge
 mit guter Schulbildung, Gehalt 120-150 Mk. bei der Allgemeinen Aktiengesellschaft, Berlin W30, Köpenicker-Platz 5.

tüchtige Arbeiter,
 für das neutrale Ausland vollständig bekannt mit den Arbeiten an einer wertvollen Maschine.
 B. Grosz, Weiblich 121/2

tüchtige Reinemacher,
 für die Abteilung für Hauspersonal, Köpenicker Str. 1 (Ruhle-Pot. Pl.). Stelle Köpenicker-Platz 5, Oppmann Str. 15, Köpenicker-Platz 1 (an Steglitzer Weg), Köpenicker-Platz 1 (an Steglitzer Weg), Köpenicker-Platz 1 (an Steglitzer Weg).
 B. Grosz, Weiblich 121/2

Botenfrauen
 stellt sofort ein
Vorwärts - Expedition, Wilhelmshagenstr. 28.

Max Theodor Reinhardt
 im Alter von 48 Jahren in der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. das Opfer eines räuberischen Überfalls geworden ist.
 Die Einäscherung findet morgen Donnerstag, den 17. April, nachm. 3 Uhr, im Krematorium, Götterstraße 11, statt.

Dr. med. Haedicke
 Hautarzt.
 Friedrichstraße 187-88
 an der Mohrenstraße.
 11-1, 3-7, Sonnt. 11-1.

Dr. med. Laabs
 Haut- u. Barnarzt.
 Erfolgreiche Behandlung.
 Königstr. 34/36
 Alexanderplatz.
 10-1, 3-5, Sonnt. 10-1.

Dr. med. Nicolai
 Kurfürstendamm 197/98, pr.
 Sprechstunde 4 1/2-6

Dr. med. Laabs
 Haut- u. Barnarzt.
 Erfolgreiche Behandlung.
 Königstr. 34/36
 Alexanderplatz.
 10-1, 3-5, Sonnt. 10-1.

Rauchtabak
 (kein Erfolg), garantiert edle
 reiner Blättertabak, 10 Packchen
 25, 20, 100 Packchen 30, 200,
 500, 1000, 2000, 3000, 4000,
 5000, 6000, 7000, 8000,
 9000, 10000, 11000, 12000,
 13000, 14000, 15000, 16000,
 17000, 18000, 19000, 20000,
 21000, 22000, 23000, 24000,
 25000, 26000, 27000, 28000,
 29000, 30000, 31000, 32000,
 33000, 34000, 35000, 36000,
 37000, 38000, 39000, 40000,
 41000, 42000, 43000, 44000,
 45000, 46000, 47000, 48000,
 49000, 50000, 51000, 52000,
 53000, 54000, 55000, 56000,
 57000, 58000, 59000, 60000,
 61000, 62000, 63000, 64000,
 65000, 66000, 67000, 68000,
 69000, 70000, 71000, 72000,
 73000, 74000, 75000, 76000,
 77000, 78000, 79000, 80000,
 81000, 82000, 83000, 84000,
 85000, 86000, 87000, 88000,
 89000, 90000, 91000, 92000,
 93000, 94000, 95000, 96000,
 97000, 98000, 99000, 100000.

Stoffe
 für Damen-Kostüme
 Meter 20, 30, 40, 50,
 Herren-Anzüge
 Meter 30, 40, 50, 60,
 Tuchlager
 Koch & Seeland
 G. m. b. H.,
 Gertraudenstr. 20/21
 Verkaufzeit v. 9-2 Uhr.

!!! Geld !!!
 die beste Versicherung, höchste Kapitalausbeute für Hausbesitzer, Geschäftsmänner, Selbstgeschändete, Kapitalgeber, etc.
 Friedrichstr. 41 III, 4. Etage.

Wie ein Wunder
 bewirkt
Dr. Strahl's Raussalbe
 bei Hautausschlag, Flecht-, Hautjucken, etc. etc.
 Friedrichstr. 41 III, 4. Etage.

Abessinierbrunnen
 mit Wasser u. Zucker, etc.
 Friedrichstr. 41 III, 4. Etage.



Arbeit und Absatz
 verschafft Ihnen die Mitgliedschaft der Centrale Deutscher Mittel- und Kleinindustrieller
 Alles Nähere durch die Industrie-Beratungsstelle Treuhandgesellschaft für Technik m. b. H. Charlottenburg 4, Mommsenstr. 14.

Bettmässen
 Abhilfe sofort
 Alter und Geschlecht angeben
 Auskunft unentgeltl. 7/1
 MERKUR-VERSAND
 München 176, Neudorfstr. 13

Pol-Verlag
 11, Mittelstr. 6, m. b. H.
 Streifen in Modellen
 Katalog über best. Leihbücher
 für Selbststudium unentgeltl.

Rentenhaus.
 Im Potsdamer Viertel
 haben wir ein kleines Haus
 mit nur 3-4 Zimmerweh-
 nungen u. 2 H. W. W., alles
 sehr neu, bei 11. 11. 200,
 Miete für den Sup. billiger
 Preis von 11. 100.000,- zu
 verkaufen. Stellung u. Be-
 weise ist vorhanden. 1509
 I. Schmidt Söhne,
 Leipzigerstr. 113, 8. Bayerstr.
 Zentrum 12500-3 und 8261

Elektromotore
 neu, und bester, sowie Reparat-
 uren, etc.
 655/9

Wilhelm Neumann
 Geschäftlich elektrischer
 Bedarfsartikel.
 Geschäftlich mit besten, haltbar.
 Berlin 514, Bernauer Str. 22.

Geld-Lotterie
 der Deutschlands-Spende f. Säuglings- u. Kleinkindererzucht.
 25000 Lose 10 000 Gewinne im Gesamtbetrag Mk.:
250 000
 Hauptgewinn bar ohne Abzug Mk.:
75 000 30 000 20 000 10 000
 Lose 3 Mk. Paris und Lists 48 Pfg. extra
 Lud. Müller & Co., Berlin W., Werderscher Markt 10
 Telegr.-Adr.: Glücksmüller

Sanatorium Feldberg i. Mcklbg.
 Nerven-, innere, Stoffwechselkrankte, Erholungsbedürftige.
 Prospekt. 126/3 S.-Rat Dr. Kausch.

+ Bruchleidende +
 anerkannt bester, gefühlter **Hornien-Bandage D.R.G.**
 Einzelne Kontraktionen ohne jede Gefahr, haltbar aus Leder,
 nach Maß angefertigt, selbst nach dem Tragen. Die einzig-
 artig konstruierte Pelotte hält den Bruch wie eine schützende
 Hand von unten heraus zurück. Garantie. Die Bandagen sind
 bewährte. Lieferen an Militärärztern und verschiedenen Kranken-
 stätten. **Hornien-Bandagenhaus, Zingstergasse 2, Halle a. S.**
 Ein zu sprechen in Berlin am Mittwoch, den 16. und
 Donnerstag, den 17. April, von 9-11 und 2 1/2-6 Uhr, im
 Hotel Europäischer Hof, Dorotheenstr. 17.

Strömt herbei!
 Vertreter, Händler, Soufflerer, Sitzgelegenheiten! Vollkommen
 neue Millionen-Wassermotoren, etc. etc. Preisverteilung,
 billig für jedermann unentgeltlich. C. C. Fritzsche, C. 2,
 Pfingstbergstr. 23. 52/3

Emmler's
Möbel-Fabrik
 Speise-Zimmer
 Herren-Zimmer
 Schlaf-Zimmer
 Wohn-Zimmer
 Küchen
 in allen
 Preislagen.
 S. 59.
 Kottbuserdamm 23/26

Plättmaschinen
 zum Schneiden feiner Wände hierzu gute Grundlätze zur
 selbständigen Erteilung, mit wenig Kapital, Druckkosten
 und Dürren. 772
Forster Wäschereimaschinenfabrik
Rumsch & Hammer, Forst (Lusatia)
 126

Der Maifeierbeschluss der Nationalversammlung.

38. Sitzung. (Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Fortsetzung der Maifeierdebatte.

Reichsminister Dr. David: Der 1. Mai, bisher ein Kampffesttag der proletarischen Arbeiterschaft, soll nunmehr ein allgemeiner Volksfesttag werden. Das Gefühl politischer Gleichberechtigung und sozialer Ebenbürtigkeit aller Diener der Volksgemeinschaft soll an ihm gepflegt werden. (Beifall bei den Soz.) Auch werden erbitterte Kämpfe geführt zwischen Parteien und Schichten in unserem Volk. Aber der erste Wille, auf der neuen politischen Grundlage die Gegensätze zu überwinden, sollte von allen Seiten gefördert und am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden. (Zustimmung bei den Soz.) Ein in diesem Geiste gefeierter 1. Mai wäre ein Volksfesttag im edelsten Sinne des Wortes. Und noch einem zweiten Ideal gilt der 1. Mai: dem Ideal einer dauernden Gemeinschaft der Völker. Auch dafür hat

die Arbeiterschaft aller Länder

seit Jahrzehnten am 1. Mai demonstriert. Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Krieg ein barbarisches und zugleich zweckwidriges Mittel ist zur Ausrottung von Konflikten zwischen den Völkern, und getragen von der Überzeugung, daß die Volksmassen in allen Ländern gleichermassen an der Sicherung des Friedens interessiert sind, hat die Arbeiterschaft die Kriegsprediger und Kriegsinstrumente bekämpft. Ergeben die Forderungen eines dauernd gesicherten Weltfriedens vor dem Kriege als das theoretische Ideal einer noch ferneren Zeit, so ist diese Forderung heute eine der dringendsten und brennendsten Forderungen der internationalen Politik geworden. (Sehr wahr!) Der Satz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in ihrer Erklärung vom 3. August 1914, daß die grausame Schule des Weltkrieges Millionen neuer Herzen für den Gedanken eines dauernd gesicherten Weltfriedens gewinnen möge, ist in Erfüllung gegangen. Tot ist alle Kriegskolonialpolitik. (Sehr wahr! links.) Die Lehre, daß der Krieg ein verzehrendes Stahlbad für den Völkervertrag sei, ist als Lüge erkannt. Als Lüge ist auch die Behauptung erkannt, daß der Krieg eine sittliche Erneuerung der Volksgemeinschaft herbeiführe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Gegenteil von beiden ist wahr. Schwere physische Schwächung und eine unüberwindliche sittliche Verwilderung sind die Folgen des Krieges. (Sehr wahr! Zustimmung links.) Kant hatte recht, als er sagte, daß der Krieg mehr böse Menschen schaffe, als er hinwegnimmt. Die lebende Generation, die draußen oder in der Heimat diesen Krieg durchlebt hat, will keinen Krieg mehr. Sie will aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskiner vor ähnlichen Katastrophen bewahrt bleiben. Das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit ist einzig in dem Willen, keinen Krieg mehr zuzulassen. Anders sieht es furchtbar noch mit den siegreichen Völkern; dort sind Wohlpolitiker an der Arbeit. Wir sehen ja an der heutigen Nacht über das Saarbecken, mit welchen Plänen sich unsere Gegner tragen. Gegen solche Pläne appellieren wir an die Arbeiter auch in den siegreichen Ländern. (Sehr wahr! Zustimmung bei den Soz.) Würden diese Pläne durchgeführt, so wäre ein dauernder Weltfrieden unmöglich. Nur auf der Grundlage eines dauernd gesicherten Weltfriedens kann die Gewächse neuer Dauer geschaffen werden. Das soll am 1. Mai als der entschlossene Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Weltfriedens zum Bewußtsein gebracht werden. Die wertvollen Volksmassen in allen am Kriege beteiligten Ländern, auch in den siegreichen Ländern, haben furchtbar gelitten. Wir rufen sie auf den Plan als die starken Träger und Schützer des Gedanken eines auf dem gleichen Recht für alle Völker aufzubauenden Weltfriedensbundes. Jetzt ist die weltgeschichtliche Stunde. Der Krieg hat barbarisch gemacht; für alle Zeiten. Die Regierung nimmt den demokratisch-sozialdemokratischen Antrag an. So möge das deutsche Volk sich rufen zur allgemeinen Feier des 1. Mai. Möge es sie gestalten zu einer machtvollen Befestigung des Willens zum Frieden im Innern unserer Volksgemeinschaft und zum dauernden Frieden von Volk zu Volk. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Ehrhardt (Zentr.): Der Antrag ist der Ausfluß der Stimmung, die unter dem Eindruck der Umwälzungen entstanden ist. Meine Parteifreunde und ich wissen die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu würdigen. Es ist zweifellos ein weltgeschichtliches Ereignis, wenn nach langen Kämpfen, wie wir sie haben durchleben müssen, auch der arbeitende Mensch zur wahren Freiheit gelangt, und wir haben volles Verständnis dafür, wenn dies weltgeschichtliche Ereignis durch eine allgemeine Arbeitstube in der ganzen Welt gefeiert wird.

Auch wir sind selbstverständlich für sozialen und politischen Fortschritt.

Eine andere Frage aber ist, ob man dazu einen Feiertag einführen muß und ob die gegenwärtige Zeit dafür überhaupt geeignet ist. (Sehr wahr! im Zentrum und rechts.) Welche Streife unseres Volkes sind angesichts der Lage der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, einen Trauer- und Bußtag einzuführen. (Sehr wahr! und lebhafter Zustimmung im Zentrum und rechts; Widerspruch links.) In voller Würdigung der Gesamtsituation ist die große Mehrheit meiner Parteifreunde nicht in der Lage, dem Abänderungsantrag zuzustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Fuchs (Dem.): Dem Antrag der Unabhängigen, den 9. November zu feiern, stimmen wir nicht zu.

Revolutionen treten ein, wenn Reformen veräußert wurden, darum braucht noch nicht jede Revolution ein Glück für die Völker zu sein. Der Antrag, den wir zusammen mit den Rechtssozialdemokraten stellen, lenkt das Auge des Volkes auf die gemeinsamen Ideale des Weltfriedens, des Völkerbundes, des Schutzes der Arbeitskraft in allen Ländern.

Abg. Dr. Koch (Dnat. Sp.): Ich bitte dringend, davon abzusehen, den 1. Mai zum nationalen Feiertag zu erheben. Es wirkt auf uns im höchsten Grade bestemmend und erschauend, daß man in dieser Zeit einen Feiertag einführen will. Das Volk kommt aus dem Feiern ja gar nicht mehr heraus.

Nicht einen Feiertag brauchen wir, sondern eher einen Trauertag. (Widerspruch und lärmende Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Präsident Herrndach mahnt zum ruhigen Anhören aller Parteien. Bravo! — Abg. Koch fährt fort:) Der 9. November mag manchem ein Tag der Freiheit und des Glücks sein, für uns ist er ein schwarzer Trauertag. (Sehr wahr! und lebhafter Zustimmung rechts.) Bis jetzt haben wir mit dem Gedanken des Internationalismus nur die allergrößten Erfahrungen gemacht. (Beifall rechts.) Ich weiß nicht, ob in diesem Hause ein christlich denkender Mann für den Antrag stimmen kann.

Ich rede nicht, um aufzureizen

(Widerspruch und Lärm bei den Sozialdemokraten), bitte Sie nur, überspannen Sie den Bogen nicht. (Ab! bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen den Antrag ab und bitten, sich auf unsere Seite zu stellen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien; heftiges Rufen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gaus (L. Soz.): Zwischen der Weltanschauung des Redner und der unsrigen besteht eine unüberbrückbare Kluft. Die unsrige hat ihren Siegeslauf angetreten und wir wollen ihn vollenden. Meine Partei feiert den 1. Mai seit 20 Jahren und wird ihn feiern, wie auch der Beschluss der Nationalversammlung ausfallen wird.

Gewaltspolitik treiben nicht die Arbeiter, sondern die Bourgeoisie.

Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkerverwilderung und Völkerverwüstung und machen mit uns den 1. Mai d. J. feiern. Der 9. November erweist auf der rechten und bei den Demokraten keine ange-

nehme Erinnerung. Wird unser Antrag abgelehnt, dann steht die Nationalversammlung der Revolution verständnislos und feindselig gegenüber. (Beifall bei den L. Soz.)

Reichsminister Dr. David: Der Vorschlag, den 9. November heute ebenfalls zum Feiertag zu erheben, erscheint verfrüht. Der 9. November ist noch lange hin, darüber können wir uns später unterhalten (Lachen bei den L. Soz.), während der 1. Mai eine aktuelle Frage ist. Es wäre ein seltsames Zusammentreffen, wenn die Herzen der äußersten Linken ihre Stimmen mit denen der Rechten vereinigen, um dieses Gesetz zu Fall zu bringen. Die große Masse der Arbeiterschaft würde darüber das richtige Urteil fällen. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Wenn Abg. Koch meint, er wolle nicht aufreizen, so haben doch in der Tat seine Worte sehr stark diesen Eindruck gemacht. (Sehr richtig! links.) Worte christlicher Versöhnung waren es wirklich nicht. (Erneute Zustimmung links.) Wenn er die christlich Denkenden in diesem Hause zur Ablehnung des Gesetzes auffordert, so ist mir nicht klar, inwiefern die Lehren und Forderungen des Christentums sich im Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Maifeiertag geweiht sein soll. (Lebhafter Zustimmung links.)

Warum wollen Sie nicht am 1. Mai für diese christlichen Forderungen auch demonstrieren?

Unbeschadet der Weltanschauung müssen doch diese Ideale alle diejenigen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, gemeinsam feiern. Die Sozialdemokratie ist nie als gegen christliche Feiertage Sturm gelauten, sondern jederzeit energisch eingetreten für Sonntags- und Feiertagsruhe. Ich bitte Sie (zur Rechten), dieselbe Toleranz gegen Andersdenkende zu üben, die Andersdenkende Ihnen beweisen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.): Auch die letzten Ausführungen des Ministers können meine Freunde nicht von der Notwendigkeit überzeugen, jetzt, wo das ganze Volk arbeiten sollte, einen Tag einzulassen, an dem das Recht zum nationalen Feiertag ist. (Beifall rechts; große Anruhe bei den Soz.) Ich würde vorschlagen, daß wir in der heutigen Zeit, wo alles freit, einen Tag einführen, der durch Gesetz als Arbeitstag eingeführt wird.

(Sehr wahr! und lebhafter Beifall rechts; Pöndellachen auf den Rednertribünen.) Es entspricht nicht den Tatsachen, daß wir heute Völkerverwilderung diesen Feiertag gefordert hätten. Dem Abänderungsantrag von Payer und Müller können wir ebenfalls nicht zustimmen. Wir bedauern, daß die Regierung auch in diesem Hause eine Fehlleisterei treibt, die vom Ausgangspunkt nimmt von der Rücksicht auf die Straße. (Anruhe links; Beifall bei den Sozialdemokraten mit Entschiedenheit ab. (Zischen links, lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hindenburg (Soz.): Wir haben jetzt ein neues Deutschland. Im Kriege haben die Arbeiter ihre volle Schuldigkeit getan, und für den Wiederaufbau des Reiches ist man auf die Unterstützung der Arbeiter angewiesen. Es ist daher kurzfristig, ihren Wünschen nicht entgegenzukommen. Wir hatten gehofft, daß die Regierungsvorlage einstimmig angenommen würde. Eine Ablehnung der Vorlage würde den inneren Frieden nicht herbeiführen, sie würde vielmehr ein Signal werden, den 1. Mai nun erst recht zu feiern. Die Ablehnung des 1. Mai würde auch nicht Arbeit am 1. Mai bedeuten. (Erneute Zurufe des Abg. Mittelmann: Es gibt doch auch noch ein Bürgerrecht! — Drohende Zurufe und lärmende Kundgebungen bei den Sozialdemokraten gegen den Abg. Mittelmann.) Gegen einen allgemeinen Bußtag können wir nichts einwenden. Grund zur Buße aber haben vor allem die Kreise, die das deutsche Volk in diesen Krieg gehetzt haben. (Wahr rechts.) Die deutsche Arbeiterschaft büßt seit langem für dieses Verbrechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten; Lärm rechts.)

Damit schließt die Aussprache. In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Koch (Dnat. Sp.) die beleidigende Unterstellung zurück, als ob es ihm mit seinem Christentum nicht ernst sei. In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag v. Payer-Müller wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, eines Teils der Demokraten und einiger Zentrumsabgeordneter angenommen.

In der sich sofort anschließenden dritten Beratung wird über den Antrag v. Payer-Müller auf Antrag der Rechten namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Gesetzentwurf gelangt darauf auch in der Gesamtstimmung im ganzen zur Annahme. Es folgt die zweite Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Entwurf eines Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Liebergenossenschaft. § 1 lautet in der Fassung des Ausschusses: Während der Dauer der Nationalversammlung kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Staatsausschusses und eines von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses von 28 Mitgliedern (Vorlage: 15) diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anordnen, welche sich zur Regelung des Liebergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig und zwingend erweisen. (Vorlage: Friedenswirtschaft oder aus dringenden sonstigen Gründen als notwendig erweisen.) Der Ausschuss hat ferner in § 8 den Zusatz gemacht, daß das Gesetz auf Beschluß der Nationalversammlung von der Reichsregierung außer Kraft zu setzen ist.

Raddem Abg. Balthasar als Berichterstatter die Beschlüsse des Ausschusses empfohlen hat, wird die Vorlage in der zweiten und zugleich auch in der dritten Lesung in der Ausschussfassung angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung der Abg. Gaus (L. Soz.): Er stellt fest, daß die von ihm und seinen Freunden gefassten Beschlüsse und gemachten Ausführungen nichts vom Kampf gegen die Volkshetze enthalten hätten, daß sie vielmehr diesen Kampf abgelehnt hätten. Herr Graberger habe zugestimmt und erklärt, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes mit der russischen Regierung wegen des Rücktransports der Truppen zu erwägen sei. Die Darstellungen des Herrn Graberger seien also unrichtig gewesen.

Reichsminister Graberger: Ich kann nicht zugeben, daß meine Darstellung unrichtig gewesen ist. Einen Waffenstillstand mit Rußland wünsche ich heute noch. Die Note fordert ja auch gar keinen Angriffskrieg gegen Volkshetze, sondern tritt nur für die Abwehr volkshetzerischer Angriffe ein.

Es folgt die zweite Lesung des Kaliseches. Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage mit der Änderung angenommen, daß spätestens bis zum 1. April 1920 eine Aufhebung oder Abänderung des Kaliseches und aller seiner Abänderungsgesetze durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß. Von den Unabhängigen liegt ein Antrag auf Einberufung des Reichstages in der Kalisechen vor.

Abg. Drex (Soz.): Das Spekulationsgeschäft in der Kaliindustrie muß bekämpft werden. Ueber Kohlenmangel wurde schon vor dem Streik seitens der Kaliindustrie geklagt, aber der Mangel hat sich durch die Bergarbeiterstreiks gesteigert. — Ohne Kohle kein Kali.

ohne Kali noch weniger Lebensmittel,

ohne Kohle aber auch keine Aussicht auf Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln. (Sehr richtig!) Ohne Generalkartellen würden auch die Arbeiter keine Bedeutung haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pöhlmann (Dem.): Was wir für die Kaliindustrie beschließen haben und was wir hier für die Kaliindustrie beschließen wollen, bedeutet noch keine volle Sozialisierung, aber es bedeutet, daß wir mit Hilfe und unter Zugrundelegung dieser Be-

stimmung zu einer Sozialisierung kommen können. Von diesem Standpunkte aus werden wir dem Gesetz zustimmen.

Abg. Behrens (Dnat. Sp.): Die Art und Weise, wie diese Vorlage vorbereitet und eingebracht worden ist, ist typisch für die Rücksichtslosigkeit unserer Gesetzsmacher. Die Regierung hat es verstanden, mit den landwirtschaftlichen Vertretungen Fühlung zu nehmen.

Reichsarbeitsminister Dörfel erhält das Wort, bemerkt jedoch: Ich will lieber nichts sagen. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Reinke (D. Sp.): Wir sind bereit, den Entwurf mit den Änderungen der Kommission anzunehmen.

Die Bedenken gegen die Sozialisierung können wir nicht unterdrücken.

Die schwersten Bedenken haben wir gegen die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung der Betriebsgemeinschaft, da nur geschulte Kaufleute diese Geschäfte machen können. Die Zwangssozialisierung muß abgeschafft werden, weil sie die richtige Preisregulierung verhindert.

Abg. Dr. Gahn (L. Soz.) (wird mit Schlußrufen empfangen): Der Beginn der Sozialisierung wird durch lange Nebenmetier nicht aufgeschoben werden. (Heiterkeit.) Zur Grundlage einer Sozialisierung darf man die damals geschaffene Betriebsgemeinschaft nicht machen. Mein Antrag verwickelt dagegen die Betriebsgemeinschaft nach Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses. Ich finde ihn ausgesprochen (Heiterkeit) und bitte um seine Annahme.

Geheimer Oberregierungsrat Bresmann: Der Reichsausschusskommissar ist bemüht, die Kohlenversorgung der Kaliseche zu verbessern.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung in der Fassung des Ausschusses gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Darauf erhält zu einer besonderen Mitteilung außerhalb der Tagesordnung das Wort:

Ministerpräsident Scheidemann: Der Reichspräsident hat mich gebeten, folgendes hier bekanntzugeben: (Folgt die Osterbotschaft des Reichspräsidenten, siehe 1. Seite.) — Der Verleser der Erklärung folgt lebhafter Beifall bei allen Parteien.

Präsident Herrndach: Wir sind am Schluß einer arbeitsreichen Tagung angekommen und wollen nun die wohlverdiente Opapause beginnen lassen. Ich erbitte die Ermächtigung, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Das Haus ist damit einverstanden. Ich wünsche Ihnen frohliche Ostern und eine gute Erholung. Schluß 3 Uhr.

Erklärung der Eisenbahnbeamten.

Auf der vom 12. bis 14. April 1919 in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Tagung der bevollmächtigten Vertreter aller Eisenbahnbeamtengruppen aus allen Teilen Preußens ist folgende Entschliessung einstimmig angenommen worden:

In letzter Zeit ist die Öffentlichkeit durch Nachrichten über einen bevorstehenden Eisenbahnbeamtenstreik beunruhigt worden. Der Eisenbahnbeamtenbund, der mit über 280 000 Mitgliedern die in den Fachverbänden organisierte Eisenbahnbeamtenschaft umfaßt, erklärt hierzu: Den Eisenbahnbeamten ist im Dezember 1918 in Würdigung ihrer besonderen Leistungen eine monatliche Zulage bewilligt worden. Diese Zulage wurde von der Regierung im März 1919 mit Rückwirkung vom 1. Januar 1919 zurückgezogen, so daß den Beamten nur ein einziger Monatsbetrag von 80—120 M. gebühren ist. Der Eisenbahnbeamten hat sich wegen dieser Maßnahmen eine tiefgehende Erregung bemächtigt. Der Bundesvorstand leitete infolgedessen sofort Verhandlungen mit der Regierung ein. Vor deren Abschluß hat die preussische Regierung durch die Tagespresse in einer Erklärung vom 7. April mit schärfsten Maßnahmen für den Fall eines Eisenbahnbeamtenstreiks gedroht. Gegen diese Erklärung erhebt der Eisenbahnbeamtenbund schärfsten Einspruch, denn:

1. Es war für diese Erklärung kein Grund vorhanden, weil von der Organisation keine Streikdrohung ausgesprochen worden ist.

2. Sie ist ohne Rücksicht auf die Organisation und die mit ihr noch schwebenden Verhandlungen veröffentlicht.

3. Sie ist infolge Unterscheidung nach dienstwilligen und nichtdienstwilligen Beamten geeignet, den Anschein zu erwecken, als ob ein Teil in die Beamtenschaft getrieben werden soll.

4. Die Öffentlichkeit wird über die Forderungen der Eisenbahnbeamtenschaft getäuscht und ungerichtetweise gegen die Eisenbahnbeamtenschaft ausgespielt: einmal wird zu unrecht von Gehaltsforderungen gesprochen, zum anderen wird der Forderung hervorgehoben, als ob die für die gesamte Beamtenschaft aufgewandten Beiträge nur den Eisenbahnbeamten zugeflossen wären.

Der Eisenbahnbeamtenbund erklärt weiter, daß er sich vorbehält, selbst zu entscheiden, ob und wann er das Mittel des Streiks zur Durchsetzung seiner Forderungen anwenden will. Er ist sich aber bewußt, daß er als Vertretung der Staats-Eisenbahnbeamten dem Volke gegenüber eine besonders große Verantwortung trägt, und daß ein solcher Beschluß nur im höchsten Bewußtsein dieser Verantwortung gefaßt werden darf, wenn schwerwiegende Umstände dies verlangen und alle Mittel zur Einigung im Verhandlungswege einschließlich der Inanspruchnahme von Schlichtungsstellen erschöpft sind.

Vor dem Ende des Bankstreiks in Hamburg.

Hamburg. In den Einigungsverhandlungen zwischen den Direktoren der hiesigen Banken und den Vertretern der Bankbeamtenverbände stimmten die Bankleitungen dem Vorschlag zu, das Mitbestimmungsrecht der Angestellten in Bezug auf Abänderungen und Entlassungen von heute ab bis zur Regelung durch einen Reichstakt, ein Reichsnotgesetz oder eine für das Reich gültige Vereinbarung der Berliner Großbanken anzuerkennen. Damit kann der Streik der Bankbeamten als abgewendet gelten. In den Betriebsverhandlungen der Norddeutschen Bank und der Commerz- und Disconto-Bank hatte sich die Mehrzahl der Angestellten gegen den Streik erklärt.

Streikfolge in Hamburg.

Einschränkung von Gas und Elektrizität.

Hamburg, 15. April. Die infolge des Streiks im Ruhrgebiet eingeleitete Kohlenzufuhr hat die Demobilisationskommission gezwungen, anzuordnen, daß in allen dem öffentlichen Verkehr dienenden Räumen (Hotels, Restaurants, Kabarets usw.) bis auf weiteres der Verbrauch von Gas und Elektrizität auch zu Beleuchtungszwecken verboten ist. In Hotels ist lediglich in beheizten Aufenthaltsräumen die Beleuchtung des Schlafzimmers der Gäste und der Treppen gestattet.

